Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 236. Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. Fernsprecher Nr. 236

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1,50. Einzelnummer 35 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 6092a, nächster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Vereins- und Kaufgesuchsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 57. | Mittwoch, den 8. März 1905. | 12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das neue Bürgerschaftswahlrecht.

Unter der stolz klingenden Stichmarke: „Die Lübecker Wahlrechtsreform“ werden heute morgen in den „Lüb. Arz.“ die dunklen Pläne der Wahlrechtsverschlechterungskommission veröffentlicht. Indem wir uns eine eingehende Kritik dieser „Reform“vorschläge vorbehalten, bringen wir nachstehend den Bericht der Kommission zum Abdruck:

Die am 21. März 1904 eingesetzte gemeinsame Kommission des Senats und der Bürgerschaft zur Prüfung der Wirkungen der am 15. Dezember 1902 beschlossenen Verfassungsänderung und des am gleichen Tage erlassenen Gesetzes, das lübeckische Staatsbürgerrecht betr., hat ihren Bericht erstattet. Danach hatten ihre Beratungen sich nach zwei Richtungen zu erstrecken. Einmal waren die Wirkungen der Gesetzesänderungen vom Jahre 1902 einer Prüfung zu unterziehen und andererseits mußten je nach dem Ausfall dieser Prüfung Vorschläge für die künftige Gestaltung der einschlägigen Vorschriften unseres öffentlichen Rechts vorbereitet werden.

Die Verfassungs- und Gesetzesrevision vom Jahre 1902 war von zwei durchaus verschiedenen Gesichtspunkten beherrscht. Es galt dem oft beklagten Uebelstande abzuhelfen, daß die Zahl der Bürger, anstatt mit der wachsenden Bevölkerungsziffer zuzunehmen, sich ständig verminderte und so in ein immer stärkeres Mißverhältnis zu der Gesamteinwohnerschaft geriet. Demgegenüber mußte dafür Sorge getragen werden, daß bei der Zusammensetzung der Bürgervertretung wie bisher die Interessen der verschiedenen Klassen der Bevölkerung die ihnen gebührende Berücksichtigung fanden; es mußte unter allen Umständen verhütet werden, daß eine einzelne Klasse der Bürger in die Lage kommen konnte, sämtliche Sitze der Bürgervertretung für sich zu erlangen. So gelangte man durch die Abschaffung des Bürgergeldes zu einer höchst liberalen Erleichterung des Erwerbes des Bürgerrechts, die tatsächlich auch bereits zu einer erheblichen Vermehrung der Bürger geführt hat. Hingegen glaubte man in dem gewiß gerechtfertigten Bestreben, sich von dem Bestehenden nicht allzu weit zu entfernen, eine ausreichende Gewähr für die so notwendige Stetigkeit der Entwickelung unserer Verhältnisse in der Beschränkung des aktiven Wahlrechts zur Bürgerschaft auf solche Bürger gefunden zu haben, die während der letzten der jedesmaligen Wahl vorausgegangenen 5 Jahre ein Einkommen von mehr als 1200 Mk. in Lübeck versteuert haben.

Die Kommission hat nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse einstimmig anerkannt, daß in der letzteren Beziehung die Revision von 1902 ihr Ziel nicht erreicht hat. Die damalige Neuregelung des aktiven Wahlrechtes zur Bürgerschaft leidet an verschiedenen Mängeln. Die Steuerzahler von einem jährlichen Einkommen von 1200 Mk. abwärts sind von der Wahl gänzlich ausgeschlossen. Die lübeckischen Staatsbürger gliedern sich in solche mit und in solche ohne Wahlrecht zur Bürgerschaft. Die Tatsache, daß in Lübeck zahlreiche Bürger das Wahlrecht aus dem Grunde nicht besitzen, weil sie ein ausreichendes Einkommen nicht versteuern, bietet den geeignetsten Angriffspunkt für die Agitation zur Bekämpfung des Wahlrechts für die jetzt angeblich rechtlosen Bürger. Vor allem aber mußte die Kommission sich durch die Prüfung eines reichen statistischen Materials davon überzeugen, daß durch die im Jahre 1902 erfolgte Abänderung des Artikels 20 der Verfassung eine ausreichende Gewähr dafür nicht geboten ist, daß auch künftig alle Klassen und Interessengruppen der Bevölkerung in der Bürgerschaft gebührende Berücksichtigung finden werden. Die Gefahr, daß die sozialdemokratisch geleitete Arbeiterklasse binnen kürzerer oder längerer Frist sich der Herrschaft in der Bürgerschaft und damit unserer gesamten öffentlichen Verwaltung bemächtigen könnte, liegt zweifellos vor. Gerade für Lübeck gilt das Wort eines bekannten sozialistischen Parteiführers: „Durch die Hansestädte wollen wir in den Bundesrat gelangen.“ Mit voller Einmütigkeit ist sich die Kommission der Pflicht bewußt gewesen, zum Schutze unseres Bürgertums und unseres gesamten Staatswesens einen Damm aufzurichten, der auf absehbare Zeit eine unbedingt zuverlässige Abwehr gegen eine sozialdemokratische Mehrheitsherrschaft bietet. In gleicher Weise herrscht in der Kommission Einverständnis darüber, daß es nicht die Aufgabe der erneuten Verfassungsrevision sein konnte, die Arbeiterpartei gänzlich von der Bürgerschaft fernzuhalten. Die Kommission ist vielmehr der Meinung, daß auch der Arbeiterklasse eine Vertretung in der Bürgerschaft gebührt und daß es bei der heutigen Entwickelung der Dinge nur zum Heile unseres Gemeinwesens gereichen kann, wenn die Wünsche und Ansichten des Arbeiterstandes durch seine gewählten Vertreter in der Bürgerschaft zum Ausdruck gebracht werden. In welchem Maße der Arbeiterklasse ein Einfluß auf die Zusammensetzung der Bürgerschaft einzuräumen ist, war eine Frage, die einer besonders sorgfältigen Prüfung bedurfte. Dabei kamen namentlich folgende Gesichtspunkte in Betracht. Es sollte sich um eine angemessene Vertretung in der Bürgerschaft handeln, das heißt um eine Vertretung des Handarbeiterstandes, die seiner Bedeutung im öffentlichen, insbesondere im wirtschaftlichen Gesamtleben unserer Stadt entspricht. Andererseits aber fordert der Umstand eine ernste Berücksichtigung, daß tatsächlich, wie namentlich das Ergebnis der letzten Reichstagswahl erwiesen hat, die überwiegende Mehrheit des städtischen Arbeiterstandes der Fahne der sozialdemokratischen Partei folgt und daß daher die Vertretung der Arbeiterklasse in der Bürgerschaft eine **sozialdemokratische** sein wird. Die Arbeitervertreter werden sich zu einer sozialdemokratischen Fraktion zusammenschließen, sie werden taktisch geschlossen vorgehen und geschlossen abstimmen. Schon infolge ihrer fraktionellen Gebundenheit werden sie **nicht immer zu einer rein sachlichen Beurteilung des Einzelfalles vom Standpunkte des lübeckischen Allgemeininteresses kommen**, sie werden **vielmehr** bei ihrer Zugehörigkeit zu der gesamten deutschen sozialdemokratischen Partei **Einflüssen von außen**, die im höheren Interesse der Partei auf sie ausgeübt werden, **zu folgen, nur zu sehr geneigt sein.** Diese Erwägungen nötigen zu besonderer Vorsicht bei der Bemessung des Einflusses der Arbeiterklasse in der bürgerschaftlichen Vertretung Lübecks.

Bei dem vorstehend gekennzeichneten Standpunkt der Kommission war es natürlich von vornherein ausgeschlossen, eine Revision des Artikels 20 der Verfassung in der Richtung einer einfachen Erhöhung des Zensus vorzuschlagen. Diese Maßregel würde zwar Schutz gegen die Herrschaftsbestrebungen der Sozialdemokratie gewähren, dagegen eine Teilnahme des Arbeiterstandes an der bürgerschaftlichen Vertretung gänzlich ausschließen.

Die Kommission konnte ihre Aufgabe auch nicht darin erblicken, die Verfassungsvorschriften preußischer Städte oder auch unserer Schwesterstädte Hamburg oder Bremen zur Einführung in Lübeck zu empfehlen. Nur derjenige kann die Uebertragung auswärtiger Einrichtungen in unsere Verfassung vorschlagen, der die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse und die Bedeutung der geschichtlichen Entwicklung verkennt. Eine gesunde Gesetzgebung muß an das Gewordene anknüpfen und dieses nach Maßgabe der gegenwärtigen Bedürfnisse organisch weiter zu entwickeln bemüht sein. Dieser Standpunkt, den die Kommission im Verlaufe der Beratungen immer mehr zu dem ihrigen gemacht hat, hat sie auch vor dem unseuchtbaren Bestreben bewahrt, gewissermaßen eine ideale Verfassung für Lübeck erfinden zu wollen, ein Bestreben, das, wenn es erfolgreich gewesen wäre, unsere Gesetzgebung auf das Gebiet des Experimentierens verführt haben würde.

Fand mithin die Kommission die Aufgabe der gegenwärtigen Revisionsarbeit in einer zeitgemäßen Weiterentwickelung der bestehenden Verfassungsverhältnisse, so hat sie doch — nach eingehenden und wiederholten Beratungen der wesentlichen Punkte — in der Hauptsache, nämlich hinsichtlich der städtischen Vertretung, zu Stimmeneinhelligkeit bei der Lösung ihrer Aufgabe nicht gelangen können.

Ueber die Grundlagen der Revision wurde zwar insofern eine Einigung erzielt, als man beschloß, allen Bürgern, die seit dem 1. April des vierten dem Jahre der Wahl vorangehenden Jahres dauernd ihren Wohnsitz im lübeckischen Staatsgebiete gehabt und während dieser Zeit alljährlich Einkommensteuer bezahlt haben, das aktive Wahlrecht zur Bürgerschaft zu gewähren. In den hieraus sich ergebenden beiden Beziehungen mußte das allgemeine Wahlrecht der Bürger eine Einschränkung erleiden. Denn einerseits glaubte man an der durch die Revision von 1901 eingeführten Karenzzeit festhalten zu sollen, und andererseits mußte für einen mehr Gemeindecharakter tragenden Stadtstaat, wie es Lübeck ist, als Grundsatz aufgestellt werden, daß nur derjenige an der Leitung des Gemeinwesens teilnehmen soll, der an der Aufbringung der Kosten sich mit einem, wenn auch noch so geringen Betrage beteiligt. Von diesen Beschränkungen abgesehen, wird ein allgemeines Wahlrecht, ein Wahlrecht aller Bürger vorgeschlagen. Durch die Beseitigung des Zensus von 1200 Mark wird eine Reform des Wahlrechts in durchaus liberalem Sinne angebahnt.

Selbstverständlich konnte, wenn man dem oben näher gekennzeichneten Abwehrcharakter der zu treffenden gesetzlichen Maßnahmen gerecht werden wollte, daneben von einem gleichen Wahlrecht aller Bürger in dem Sinne, daß jedem Bürger der gleiche Einfluß bei der Erwählung der ganzen bürgerschaftlichen Vertretung gewährt werde, nicht die Rede sein. Die Abwehr des an sich zu befürchtenden zahlenmäßigen Uebergewichtes der sozialdemokratischen Arbeiterpartei konnte nur in der Weise erfolgen, daß der Arbeiterklasse — übrigens durchaus in Uebereinstimmung mit dem von ihr aufgebrachten Anteil an dem Gesamterträgnis der direkten Steuern — ein verhältnismäßig geringerer Einfluß auf die Zusammensetzung der Bürgerschaft eingeräumt wurde. Zu diesem Zwecke war es erforderlich, für die Arbeiterklasse und die ihr sozial und wirtschaftlich nahestehende kleinbürgerliche Klasse je eine **besondere Wahlabteilung in Stadt und Land** mit einer **beschränkten** Anzahl zu wählender Vertreter zu bilden. Als **obere Steuergrenze** für diese Abteilungen glaubte die Kommission **ein steuerpflichtiges Einkommen von 2000 Mark festsetzen** zu sollen. Maßgebend für diese Abgrenzung war die Erwägung, daß auch in den Reichs-Versicherungsgesetzen der Einkommensgrenze von 2000 Mk. eine besondere Bedeutung für das Vorhandensein einer gesicherten wirtschaftlichen Existenz beigemessen wird. Uebrigens durfte die Einkommensgrenze keinesfalls niedriger bemessen werden, wenn sie für einen längeren Zeitabschnitt in wirklich zuverlässiger Weise ihren Zweck erfüllen sollte. Andererseits war auch eine Hinaufsetzung der Grenze nicht angezeigt, wollte man nicht schon erhebliche Teile des bürgerlichen Mittelstandes von diesem absplittern. Für das Landgebiet war den dortigen Verhältnissen entsprechend neben der Einkommensteuergrenze eine Grenze, die sich nach der Größe des für eigene Rechnung bewirtschafteten Landbesitzes bemißt, festzusetzen. Es war das Bestreben der Kommission, dem Landgebiete seinen bisherigen Besitzstand an Vertretern dauernd zu erhalten: daher werden für die beiden ländlichen Abteilungen 15 und 3, zusammen 18 Vertreter vorgeschlagen. **Dagegen hat, was die Zahl der von der unteren städtischen Abteilung zu wählenden Vertreter anlangt, die Kommission diese mit großer Mehrheit auf 12 festgesetzt.** Sie ist der Meinung, daß durch diese Zahl eine ausreichende Vertretung der städtischen Arbeiterbevölkerung gewährleistet ist.

Hinsichtlich der Einordnung der übrig bleibenden 90 städtischen Vertreter ist eine Uebereinstimmung unter den Kommissionsmitgliedern nicht erzielt worden. Die Mehrheit ist im Laufe der Beratungen zu dem Ergebnis gelangt, daß es das Richtigste sein und sich dem bestehenden Rechtszustande am besten anpassen wird, wenn diese 90 Vertreter auf Grund gleichen Wahlrechts aller Bürger, welche in den letzten drei Steuerjahren vor der Wahl durchschnittlich mindestens 2000 Mk. versteuert haben, in einer Abteilung gewählt werden. Tatsächlich wird dadurch, soweit es irgend zulässig erscheint, der bisherige Zustand, nämlich das allgemeine und gleiche Wahlrecht der Bürger aufrecht erhalten. Erhalten bleibt damit die Grundlage für ein kräftiges pulsierendes, durch kein Kliquenwesen eingeengtes politisches Leben, das sich nach wie vor namentlich in frischen Wahlkämpfen, wie sie nur in größeren Wahlkörpern möglich sind, äußern wird.

Die Minderheit hat ihre Ansicht in folgende Sätze zusammengefaßt: Eine gesetzliche Spaltung der Wähler in zwei sich gegenüberstehende Gruppen ist grundsätzlich bedenklich und in dieser Gestalt noch nirgends durchgeführt worden. Wenn Klassen gebildet werden, so dürfen sie nicht nur den Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum behandeln, sondern müssen der Mannigfaltigkeit der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt einigermaßen Rechnung tragen. Die Minderheit erachtet daher eine Vermehrung der Klassenzahl, möglichst unter Berücksichtigung auch anderer Gesichtspunkte als desjenigen der Höhe des Einkommens, für geboten. Sie hält es auch nicht für zweifellos, ob die bisherige Zusammensetzung der Bürgerschaft, welche eine angemessene Vertretung der verschiedenen Berufsstände darbietet, durch die von der Mehrheit vorgeschlagene erste städtische Wählerabteilung für die Zukunft gesichert werden würde, sondern glaubt, daß auch von diesem Gesichtspunkte aus eine weitere Abteilungsbildung empfohlen werden muß.

Die Mehrheit hat sich nicht davon überzeugen können, daß die Bedenken der Minderheit begründet sind. Insbesondere vermag sie nicht die Befürchtung zu teilen, daß die Bürgerschaft künftig — auch abgesehen von der spezifischen Arbeitervertretung — sich nach der Seite des Radikalismus entwickeln werde. Ist aber die Notwendigkeit, das Bürgertum in mehrere Abteilungen zu gliedern, nicht zweifelsfrei nachgewiesen, so muß die Mehrheit gegen den Vorschlag der Minderheit die ernstesten Bedenken erheben. Einmal liegt die Besorgnis nahe, daß in einigen Abteilungen, bei denen es sich um einen verhältnismäßig engen Kreis von Wählern handeln dürfte, das politische Leben in Stillstand geraten wird. Der durch Intelligenz und Vermögen hervorragende Teil des Bürgertums wird dem allgemeinen Wahlkampf entzogen werden. Vor allem aber besteht die Gefahr, daß durch diese Teilung in einer Zeit, die so dringend zu möglichster Zusammenfassung aller staatserhaltenden Elemente des Bürgertums auffordert, ein höchst bedauerlicher und in seinen Folgen bedenklicher Zwiespalt in die Reihen des nichtsozialdemokratischen Bürgertums hineingetragen werden würde. Die Mehrheit der Kommission schreckt auch nicht das mehr ästhetische Bedenken der — rein formell genommen — immerhin doch recht erheblichen Ungleichheit der auf Abteilung I und II entfallenden Zahlen der Vertreter. Den Anforderungen mechanischer Gleichheit entspricht die Verteilung der Vertreter auf die beiden Abteilungen allerdings nicht, wohl aber entspricht sie durchaus dem Verhältnis der steuerlichen Leistungen der beiden Bürgergruppen. Für das äußere Ansehen mag die Einteilung in drei oder noch mehr Abteilungen einen gefälligeren Anblick gewähren, in der Sache selbst wird dadurch nichts geändert. Der Vorschlag der Mehrheit hat jedenfalls den Vorzug, daß er das von sämtlichen Mitgliedern der Kommission gebilligte Ziel, unbedingte Sicherheit gegen eine sozialdemokratische Mehrheitsherrschaft und gegen eine Behinderung der Arbeitsfähigkeit der Bürgerschaft durch eine starke sozialistische Minderheit auf dem kürzesten Wege in der einfachsten Weise und in engster Anlehnung an unsere bisherigen bewährten Verfassungsverhältnisse zu erreichen geeignet ist.

Von einer kleinen Minderheit wurde die Einführung von Verhältniswahlen empfohlen. Wenn auch der Grundgedanke des Proportionalwahlsystems, den Minderheiten eine verhältnismäßige Vertretung zu sichern und sie dadurch zur Teilnahme am Wahlkampf zu ermutigen, allseitig als berechtigt und entwicklungsfähig anerkannt wurde, so einigte man sich doch schließlich in der Ueberzeugung, daß die Einrichtung der Verhältniswahlen gegenwärtig noch zu wenig erprobt sei und daß gerade unsere Verfassungsverhältnisse ein Experimentieren auf diesem Gebiete nicht gestatten.

Ebensowenig vermochte ein Antrag, eine größere Anzahl von Wahlabteilungen nach Maßgabe des Einkommens, also auf rein plutokratischer Grundlage, zu bilden, eine erhebliche Stimmenzahl auf sich zu vereinigen. Auch mit dem Gedanken, eine besondere Abteilung der Rentabeln nach dem Vorbilde Hamburgs einzuführen, konnte sich die überwiegende Mehrheit nicht befreunden. In gleicher Weise begegnete die Anregung, den Vertretern von Bildung und Besitz dadurch den ihnen gebührenden Einfluß zu sichern, daß man ihnen ein mehrfaches Stimmrecht gewähre (sogen. Pluralsystem), einer ebenso bestimmten Ablehnung, wie der Vorschlag, zum Prinzip der Stichwahlen zurückzukehren.

Der Kommission ist auch eine von P. Pape und 7955 Einwohnern unterzeichnete Petition vom September 1904 zugegangen, in der die nachstehenden Forderungen aufgestellt sind:

1. allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten männlichen Staatsangehörigen;
2. Das Bürgerrecht ist allen männlichen Staatsangehörigen nach Vollendung des 20. Lebensjahres zu verleihen;
3. das Wahlrecht ist nicht durch Empfang irgend welcher Unterstützung aus öffentlichen Mitteln aufzuheben oder zu beschränken;
4. die Wahlen haben an einem gesetzlichen Ruhetage stattzufinden;
5. den Mitgliedern der Bürgerschaft sind für ihre Mühewaltung Diäten zu zahlen.

Die Kommission hat der Fassung dieser Petition in den Kreis ihrer Erörterungen gezogen. Sie hat sich, wie sich nach den vorstehenden Darlegungen von selbst versteht, mit den Leitsätzen der Petition nicht einverstanden erklären können. Vielmehr hat sie sich durch die radikalen Forderungen der offenkundig von sozialdemokratischer Seite ausgehenden Eingabe in der Ueberzeugung bestärken lassen, daß sie die Gefahren, die dem Bürgertum und unserm ganzen Staatswesen von jener Seite drohen, nicht überschätzt und daß sie sich mit ihren Vorschlägen auf dem richtigen Wege befindet.

Die Kommission beantragt sodann den Erlaß von Gesetzen, obigen Leitsätzen entsprechend.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das liberale Elend kennzeichnet Herr v. Gerlach, der jetzt den Liberalen angehört, in der „Berliner Zeitung" folgendermaßen: „Noch niemals ist die Zerfahrenheit des Liberalismus so kraß in die Erscheinung getreten, wie bei der verhängnisvollen Schlußabstimmung über die Handelsverträge. Es war ein trostloses Schauspiel für jeden ehrlich liberal fühlenden Mann, dieses Auseinanderfliegen der entschieden liberalen Parteien in ein Dutzend Splitter, ein Anblick, der geeignet war, jede Hoffnung auf eine Wiedergeburt des Liberalismus zu vernichten. Das haben wir gesagt unmittelbar unter dem Eindruck jener vernichtenden Niederlage vom 22. Februar, und wir mußten es sagen, wollten wir uns nicht an der liberalen Sache versündigen." Sodann gibt Herr v. Gerlach in durchaus zustimmendem Sinne einen Artikel des Pastors Naumann wieder, worin der Abschluß der Handelsverträge als der Tiefpunkt der einst so großen liberalen Strömung bezeichnet wird. Dann heißt es in dem Artikel Naumanns weiter: „Eine Abstimmung, die für den Liberalismus noch demütigender wäre, kann man sich kaum ausdenken. Von dieser Abstimmung an geht es entweder ganz abwärts oder entschieden aufwärts. Die Not des Liberalismus ist so groß geworden, daß sie entweder die vorhandenen Kräfte weckt oder abschreckt. Der Liberalismus muß entweder saniert werden oder den Konkurs anmelden. Ein Fortwursteln in der bisherigen Weise hat politisch keinen erkennbaren Zweck mehr." Eine Gesundung will Naumann dadurch herbeiführen, daß er den Liberalismus mit sozialen Ideen und nationalen Gedanken sättigen will. — Schöne Worte, weiter ist es nichts, was Naumann hat; sie können den bankrotten Liberalismus natürlich auch nicht auf die Beine bringen. Er hat sich selbst sein eigenes Grab geschaufelt.

Abgeblitzt. Der Vorstand der katholischen Mathiasgemeinde in Breslau hatte gegen die Aufstellung des neuen Fischerbrunnens in der Nähe der katholischen Kirche protestiert, weil die nackte Brunnenfigur unberechenbare Aergernisse und Gefahren besonders für die Schuljugend hervorrufen könne. Darauf hat der Magistrat erwidert, die Brunnenfigur sei ein ernstes Kunstwerk, welches auf unbefangene Beschauer die Schönheit ohne jeden Zug in's Geschlechtliche wirken lassen; daß dieselbe gleichwohl bei einzelnen gemeinen Naturen gemeine Gedanken auslöse, sei selbstverständlich, aber gleichgültig. — Das haben sich die gestrengen Sittenfexen wohl auch nicht träumen lassen!

Ueber die Ursachen des Herero-Aufstandes verbreitete sich in der vor einigen Tagen abgehaltenen Missionskonferenz der Provinz Sachsen der Missionsinspektor Hausleiter-Barmen in folgender in folgender Weise: „Der erste (Erfolg der Missionstätigkeit) war, daß vor dem Aufstande jeder Weiße im Hererolande seines Lebens und Eigentums — abgesehen von Eßwaren — durchaus sicher war. Der zweite in der Kolonialgeschichte einzig dastehende, daß von diesem unstäten Nomadenvolk in etwa 60 Jahren annähernd die Hälfte seßhaft gemacht wurde. 1885 wurde das Land unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt. Das Verhältnis zwischen Kolonialregierung und Mission war zunächst durchaus freundlich, der Gouverneur Leutwein war ein Freund der Missionare. Da brach am 12. Januar 1904 der Aufstand aus. Die unmittelbare Veranlassung war die Entblößung des Landes von Truppen, die tiefer liegende Ursache im letzten Grunde nichts anderes, als die tiefgehende Verstimmung der Eingeborenen gegen das deutsche Regiment. Sie haben selbst erklärt: Den Krieg haben nicht wir angefangen, sondern eure Händler. 1899 hatte der Gouverneur die sehr weise und heilsame Verordnung erlassen, auf Kredit dürfte nichts verkauft, jedenfalls könnten Schulden der Eingeborenen nicht eingeklagt werden. Wäre diese Verordnung bestehen geblieben, es wäre aller Wahrscheinlichkeit nach nie zum Aufstande gekommen. Aber schon nach 7 Wochen wurde sie widerrufen. 4½ Jahre später erließ dann die Kolonialregierung eine neue Verfügung: Schulden der Eingeborenen sollten nur ein Jahr lang einklagbar sein. Diese völlig unvermittelte Maßregel mit ihren unvermeidlichen Konsequenzen brachte das Unwetter zum Ausbruch. Die zweite Ursache war die Landfrage. Die Häuptlinge hatten Land verkauft, das ihnen gar nicht gehörte. Die Herero haben ganz andere Begriffe von Landbesitz als wir. Daraus ergaben sich zahllose sehr verhängnisvolle Mißverständnisse. Der dritte Grund war die Erkenntnis: man will uns zu rechtlosen Knechten machen. Das unbedingte Vertrauen, das sie zu den Missionaren hatten, hat diese Erkenntnis erst ganz allmählig in den Eingeborenen aufgehen lassen. Aber daß sie zu dieser Befürchtung allen Grund hatten, zeigt die wiederholte unverblümte Erklärung der Kolonialleute: Die unblutige Eroberung des Landes ist das eigentliche Ziel unserer Schutzherrschaft. Hier liegt der eigentliche Gegensatz zwischen Mission und Kolonialpolitik. Die Herero waren nicht unsere Untertanen, sondern unsere Schutzbefohlenen und Bundesgenossen. Sie haben allerdings ihr Wort gebrochen, und das war unter allen Umständen verwerflich und durfte nicht ungestraft bleiben, aber sie sind keine Aufrührer und Empörer, als die man sie jetzt hinstellen möchte. Selbstverständlich liegt es uns fern, die Greuel des Aufstandes zu entschuldigen, aber man darf auch nicht vergessen, daß in den früheren Kämpfen der Gegetoreros sehr viel schlimmere Dinge vorgekommen sind. Daß sie bei dem Aufstande unterliegen, ist ein Erfolg der Mission. Wie die Christen sich zu dem Kriege stellten, zeigt das Verhalten eines Häuptlings, der erklärte: Ich muß jetzt in den Krieg. Ob ich wiederkommen werde, weiß ich nicht, aber das weiß ich, daß ich der Mission noch 40 Mk. schuldig bin. Hier sind sie." — Wird es ein späterer Geschichtschreiber und Kulturhistoriker glauben können, daß sich in dem christlichen Deutschen Reiche trotz solcher Zeugnisse der Missionare auch nicht einmal ein Dutzend Geistlicher gefunden hat, die gegen den Vernichtungskrieg in Südwestafrika öffentlich Protest erhoben haben? Praktisches Christentum!

Rußland.

Die Lage. In Petersburg streiken nach einer Meldung der „Voss. Ztg." zur Zeit 240 000 Arbeiter. Die Wasser-, Elektrizitäts- und städtischen Werke und Depots werden von starken Truppenmassen bewacht. Die Arbeiter wollen jede Gewalt vermeiden, sie besitzen wenig Waffen, angeblich viel Handgranaten. Offiziöse Depeschen melden aus Petersburg, 5. März: Infolge eines gegen in einigen Druckereien ausgebrochenen Setzerausstandes sind heute der „Ruß" und die „Petersburgskaja Wjedomosti" nicht erschienen. — In Sosnowice ist gestern das Standrecht proklamiert worden. In Bawierze kam es zu Zusammenstößen zwischen Militär und Streikenden. Es fanden dabei 3 Arbeiter ihren Tod. — Die Aktiengesellschaft Poznanski in Lodz entließ ihre gesamten 6605 Arbeiter und schloß ihre Fabrik auf unbestimmte Zeit. — In Bjelostok droht der Generalstreik. Der Polizeichef wurde ermordet. — In Batum wurden 13 Personen von Militär getötet resp. verwundet. — In Tschita sind 1000 Arbeiter der Bahnwerkstätten in den Ausstand getreten. — Ueber eine bestialische Tat eines betrunkenen Offiziers wird aus Wiatka berichtet. Derselbe hat einen Schüler auspeitschen lassen und ihn dann durch Schläge mißhandelt, bis er starb.

Zum Blutbad in Baku, das die mohammedanischen Perser während dreier Tage unter der armenischen Bevölkerung anrichteten, wird der „N. Fr. Pr." gemeldet: Mehr als tausend Menschen wurden erschossen, hingeschlachtet, lebendig verbrannt, verstümmelt, durch Ausstechen der Augen geblendet, alles in Gegenwart des Gouverneurs Fürsten Nakaschidse, der Polizei und des Militärs, ohne daß drei Tage lang dagegen eingeschritten wurde. Die Exzedenten waren mohammedanische Perser, die in Baku Tataren heißen. Die Polizei lieferte ihnen Waffen und Munition, und die Kosaken hieben auf die Armenier ein, wenn diese sich gegen die Tataren wehrten. Im Hause Balabek Lalajew wurden mehr als vierzig Armenier, die sich aus den Flammen retten wollten, sofort ermordet. Soldaten, Offiziere und Kosaken standen dabei und sahen zu, zwei lange Tage haben sich die armen Leute gewehrt. Das Haus wurde mit Petroleum begossen und angezündet. Umsonst baten andere den Gouverneur flehentlich, die Aermsten zu retten. „Ich kann nichts machen!" war die Antwort. Der Besitzer Lalajew mit seiner alten Frau und seinem Neffen wurden herausgeschleppt, aufs grausamste gequält und, nachdem man ihnen die Augen ausgestochen hatte, ermordet. Ausnahmsweise — für Geld — haben die Soldaten manche gerettet und unter Eskorte in Sicherheit gebracht. — Eine nette Gesellschaft, diese „Sicherheitswächter"!

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote"

Berlin, den 6. März 1905.

156. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern mit den 21 dazu gestellten Resolutionen wird fortgesetzt.

Dr. Potthoff (FVg.) weist die Angriffe des Abg. Erzberger auf den Hausierhandel unter Hinweis auf die Verhältnisse in seinem, des Redners Wahlkreise, Waldeck, zurück. Die Waldecker Hausierer sind die bravsten und ehrlichsten Menschen und besuchen manchmal 10—20 Jahre lang immer dieselben Kunden. Redner regt an, auch das Feuerversicherungskartell in die Kartell Enquete einzubeziehen, und tritt alsdann für die Wünsche der Privatangestellten ein. Schon im Jahre 1895 umfaßte dieser neue Mittelstand eine Million Erwerbstätiger, jetzt werden es wohl schon an die zwei Millionen sein. Es ist dringend notwendig, diesen großen Stand systematisch der Wohltaten der sozialpolitischen Gesetzgebung teilhaftig zu machen, zumal die neuen Handelsverträge seine Lebenshaltung bedeutend verschlechtern werden. Die Kommission für Arbeiterstatistik muß ihre Erhebungen auch auf die Privatbeamten ausdehnen. Während die Handelsangestellten nur drei Jahre der Konkurrenzklausel unterliegen, ist ihre Dauer bei den übrigen Privatbeamten unbegrenzt, und auch in der Kündigungszeit und in der Frage der Gehaltsanrechnung bei Krankheitsfällen sind die Handelsangestellten besser geschützt, als die übrigen Privatbeamten. Allerdings müßte auch der Rechtsanspruch der Handelsangestellten auf sechswöchentliche Gehaltsbeziehung in Krankheitsfällen gesetzlich geschützt werden. Möge der Herr Staatssekretär dafür sorgen, daß die Gewerbeinspektoren sich mehr um die Lage der technischen Beamten kümmern. Beim Crimmitschauer Streik ist auch ein Teil der Werkmeister widerrechtlich ausgesperrt worden. Auch die Wohnungsinspektion sollte auf die Wohnungen der technischen Beamten ausgedehnt werden und diese selbst zu Mitarbeitern der Gewerbeinspektion herangezogen werden. Redner tritt dafür ein, daß die weiblichen Angestellten in chemischen Fabriken unter die Gewerbeordnung gestellt werden. In der Frage der Schmiergelder halten wir ein gesetzgeberisches Eingreifen noch für verfrüht. (Bravo! links.)

Werner (Antis.) bezeichnet die Hausierer als fast so schlimm, wie die Zigeuner, bekämpft die „feuergefährlichen Polypen" wie er die Warenhäuser bezeichnet und erklärt, daß er Wort für Wort die Ausführung Dr. Mugdans über die Krankenkassen unterschreibe. Den Handelsgehilfen gönnt freilich die freisinnige Partei nicht das Brot. Redner fordert den Befähigungsnachweis namentlich für Bauhandwerker und fordert ein Reichsarbeitsamt. (Lebh. Beifall b. d. Antis.)

Horn-Sachsen (SD.): Die Beschwerden und Wünsche der Gewerbeinspektoren auf Verbesserung der Verhältnisse in den Fabriken finden leider keine Berücksichtigung mehr. Namentlich die sanitären Verhältnisse sind noch immer äußerst schlechte. In der großen Glasfabrik Siemens in Dresden, die im vorigen Jahre wieder 18 Proz. Dividende verteilen konnte, war nicht einmal für Verbandstoffe gesorgt. Das ist eine unverantwortliche Sorglosigkeit gegen Gesundheit und Leben der Arbeiter. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Verband sächsischer Industrieller hat sogar die Gewerbeinspektion als eine Beunruhigung der Arbeitgeber bezeichnet. (Hört! hört! b. d. Soz.) Ein Reichs-, Vereins- und Versammlungsgesetz ist unbedingt notwendig, denn in vielen Einzelstaaten wird das Koalitionsrecht der Arbeiter geradezu mit den Füßen getreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Trucksystem wird von vielen Unternehmern in ungesetzlicher Weise ausgedehnt. In den Glashütten und Glasfabriken in Busch bei Bromberg werden in den Glashütten Strafgefangene beschäftigt. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die gefangenen Arbeiter haben es besser, als die freien Arbeiter, die verurteilt sind, als Gefangene für den Profit des Kapitals zu arbeiten. (Sehr wahr! bei den Soz.) In Riesa in der Mark werden Kinder von 9 bis 10 Jahren auch an den Sonntagen beschäftigt, was bisweilen direkt zur Verkuppelung führt. Diese Kinder werden sogar geprügelt. (Hört! hört! b. d. Soz.) Massenhaft werden Ungarn und Galizier in den Glasfabriken beschäftigt. (Hört! hört!) Syphilis, Tuber-

kulose und andere Krankheiten grassieren dank der Benutzung gemeinsamer Mundstücke unter den Glasarbeitern. Der Resolution Erzberger, die die Ausdehnung des sanitären Maximalarbeitstages fordert, stimmen wir natürlich zu. Die Regierung hat sich bisher mit Erhebungen begnügt, ohne den Mißbräuchen tatkräftig entgegenzutreten. Der Zentralverband der Industriellen, eine bekanntlich sehr einflußreiche Organisation, hat die Petition der Glasarbeiter um Einführung der Sonntagsruhe durch eine Gegenpetition bekämpft. Diese Gegenpetition verdient absolut keine Berücksichtigung. Eine Verweigerung der Sonntagsruhe für die Glasindustrie würde ein kulturwidriges Vorgehen bedeuten. (Beif. b. d. Soz.)

Dr. Thaler (Z.) begründet eine Resolution seiner Fraktion, welche die Vorschriften über Kündigungsfrist, Sonntagsruhe, Arbeitszeit, Fortbildung der Handlungsgehilfen auf die Gehilfen der Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher sowie auf die Krankenkassenbeamten ausdehnen will. Schon 1899 hat der Reichstag eine diesbezügliche Resolution beschlossen, aber der Bundesrat erklärte, daß die diesbezüglichen Erhebungen noch nicht zum Abschluß gelangt sei. Bis jetzt ist uns diesbezüglich auch noch nichts bekannt worden, während die diesbezügliche Regelung, die Bayern in dieser Beziehung hat, ganz vorzüglich ist. Hoffentlich wird unser Antrag eine diesbezügliche legislatorische Maßnahme hervorrufen. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Mertens (FVp.) verbreitet sich über die Ausführungen des Kinderschutzgesetzes. Die verdienstvollen Erhebungen des Breslauer Lehrervereins beweisen, wie leicht das Gesetz übertreten werden kann, weil seine Fassung nicht präzis genug ist. Die Arbeitgeber umgehen die gesetzlichen Bestimmungen, indem sie den Kindern oder den Eltern derselben die Arbeit mit nach Hause geben. Am meisten kann auf diesem Gebiet die Volksschule tun. (Sehr richtig! bei den Freis.) In Hamburg ist die Lehrerschaft im weitesten Umfange herangezogen worden, während in Preußen die Lehrer leider nur in Ausnahmefällen gefragt werden. Auf Grund einer von uns eingebrachten Resolution sind Erhebungen über die landwirtschaftliche Beschäftigung von Schulkindern angestellt worden, aber leider nicht solche über die Beschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben und im Gesindedienst. (Hört, hört! links.) Die Erziehungshäuser sind von der Gewerbeinspektion befreit; es sind aber in den Erziehungshäusern häufig Grundsätze befolgt worden, welche nicht dem Sinne des Gesetzes entsprechen. So sind Kinder zum Bemalen von Bleisoldaten für eine Fabrik benutzt worden. (Hört, hört! links.) Diese Mißstände müssen abgestellt werden, eher andere kommen und mit dem Seziermesser der Kritik dort hineinleuchten. (Große Heiterkeit.) Dann werden wir der Jugend die richtige Erziehung zu Teil werden lassen. (Bravo! links.)

Dr. Wolff (wirtsch. Vereinig.) will den Mittelstand nicht proletarisiert wissen, wünscht Vereinheitlichung des Versicherungswesen, hält eine Beteiligung von Beamten an Konsumvereinen für einen Unfug und den Hausierhandel für eine Landplage und wünscht den Befähigungsnachweis für das Handwerk.

Darauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr. Nachtrag zum Handelvertrag mit Oesterreich Ungarn und Fortsetzung der heutigen Beratung)

Schluß 5½ Uhr.

Rußland und Japan.

Die Riesenschlacht am Schaho dauert fort. Nach aus japanischen Quellen stammenden Nachrichten soll General **Kaulbars vollständig geschlagen auf das Zentrum zurückgegangen sein. Am Sonnabend und Sonntag waren die Japaner siegreich. General Kuroki stellte Sonntag seine Verbindung mit Nodzu her und schloß die Umzingelung im Südosten ab. Gelingt dem General Nogi die rechtzeitige Besetzung der Eisenbahn quer vor Tielin, so ist die Einschließung des russischen Heeres vollendet, dessen Verluste am Sonnabend bereits 50000 Mann überstiegen haben sollen.**

Die Bürgerschaft

trat am Montag vormittag zu einer Sitzung zusammen, in der sich die Debatte durchweg in Nebensächlichkeiten und persönlichen Wünschen bewegte. Die ganze reichhaltige Tagesordnung konnte infolge dieses Umstandes nicht erledigt werden; die Punkte: Bericht der von der Bürgerschaft am 7. Dezember 1903 eingesetzten Kommission zur Prüfung des Antrages Brecht, betreffend Beweglichkeit der Einkommensteuer und Wiederaufnahme der Beratung wegen des Gesuches von Grammerstorf, betr. Subvention für den Zoologischen Garten, die ein weitgehendes öffentliches Interesse beanspruchen, sollen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden; ob sie dann allerdings zur Besprechung gelangen, steht noch dahin. Die ersten Anträge des Senats, Verstärkung des Abschnittes XIII der Ausgabenseite des diesjährigen Staatsbudgets um weitere 50000 Mark, Vermehrung der pensionsberechtigten Hülfsarbeiterstellen beim hiesigen Amtsgericht, und Aenderung des Gebührentarifs des Stadt- und Landamtes gelangten ohne Debatte zur Annahme. Beim nächsten Senatsantag, Bau eines zweiten Volks-Schulhauses in St. Jürgen, wurden jedoch die verschiedensten Wünsche und Beschwerden laut. Heinsohn beklagt sich, daß die Zeit zur Ausführung von Arbeiten für den Staat zu kurz bemessen wird. Uhrmacher Kähler ersucht, bei der Lieferung der Uhren für öffentliche Gebäude auch die hiesigen Firmen zu berücksichtigen. Dann erfolgte eine langatmige Debatte darüber, ob die kleinen Fenster für Schulbauten zweckentsprechend sind, oder nicht. Diese Diskussion hatte kein erhebliches öffentliches Interesse, wohl aber die bei dieser Gelegenheit angeschnittene Frage der Sparsamkeit bei den Schulbauten, die allerdings anscheinend nur bei den Volksschulbauten geübt werden soll. Um die Kosten für den Bau zu mindern, soll nämlich die Höhe der Klassenzimmer und damit der Luftraum für die Schüler geringer werden. Es ist nicht zu verkennen, daß diese Art der Sparsamkeit, die man bezeichnender Weise nicht bei den besseren, sondern bei den Schulen anwendet, die von den Kindern der Arbeiter besucht werden, schwere gesundheitliche Schäden für die Kinder im Gefolge haben kann. Die Medizinalbehörde bestreitet das. Es ist aber doch nicht zweifelhaft, daß bei einem geringeren Luftraum die Luft eher schlecht wird, wie bei einem größeren; demnach wird die Frucht dieser Sparsamkeit mindestens ein hygienischer Rückschritt, wenn nicht mehr, sein. Wenn dies, nach den Ausführungen des Senatskommissars und des Herrn L. Fiehl, jedoch nicht der Fall sein würde, weshalb hat man dann nicht auch auf diese Art und Weise bei den Luxusschulen, Ernestinenschule und Johanneum gespart? Allerdings, dort handelt es sich nicht um Arbeiterkinder. Eine weitere Verschlechterung ist geplant, indem man statt der zweisitzigen Schulbank eine viersitzige einführen will. Herr Schulmerich sprach sich denn auch entschieden dagegen aus. Schließlich wurde der Senatsantrag, der die bisher übliche Zimmerhöhe von 4 Metern auf 3,80 Meter herabsetzt, angenommen. So spart man in Lübeck!

Die Abänderung der §§ 70, 71 des Lübeckischen Gerichtskostengesetzes vom 12. November 1904 wurde angenommen, jedoch die Uebergangsbestimmungen, die folgendermaßen lauten: „Wer auf Grund des Gerichtskostengesetzes vom 12. November 1900 mehr Gebühren gezahlt hat, als er zu zahlen hätte, wenn der heute zu diesem Gesetze erlassene Nachtrag schon damals gegolten hätte, erhält diesen Mehrbetrag auf Antrag zurück", abgelehnt. Nach unwesentlicher Debatte wurden unverändert folgende Senatsanträge angenommen: Nachbewilligung von 20000 Mark zur Bestreitung der Bureaukosten des Katasteramts und Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Alters- und Invalidenunterstützung der Hebammen.

Bei den Senatsanträgen auf Festsetzung der im Rechnungsjahre 1905 auszuführenden Pflasterungsarbeiten in der Stadt und Festsetzung der im Rechnungsjahre 1905 in den Vorstädten auszuführenden Wegearbeiten wurde die Debatte endlos. Jeder Redner hatte Wünsche und Beschwerden für die Straßen und Gegenden, die sein Fuß täglich betritt. Fehling wünscht, daß die obere Beckergrube neugepflastert werde, Jenne hat dieselbe Bitte bezüglich der Engelsgrube, Mühsam macht auf den schlechten Zustand der Nebenhofstraße und des Töpferweges aufmerksam, Peters erwähnt die Elisen-, Karl- und Einsiedelstraße als verbesserungsbedürftig, Schwartzkopf möchte einen neuen Bohlenbelag für die Puppenbrücke haben, Dr. Sommer ersucht um Regulierung der Kahlhorststraße, Pape betont, daß auch das Pflaster der Dornestraße nicht gerade ideal sei usw. Dr. Wichmann meint, daß die Hafenstraße bei den Hubbrücken nicht zu Vorstädten gehört, und deshalb müssen diejenigen Kreise, welche diese Straße hauptsächlich benutzen, zu den Kosten herangezogen werden. Schließlich wurden beide Senatsanträge angenommen; allerdings soll die Regulierung der Verbreiterung der Straße „Bei St. Johannis" erst von einer Kommission geprüft werden.

Der nächste Senatsantrag, Herstellung von Radfahrwegen im Rechnungsjahre 1905, gab Herrn Dr. Meyer Gelegenheit, den sehr zeitgemäßen Wunsch auszusprechen, die Radfahrsteuer zu ermäßigen resp. für Arbeiterräder ganz aufzuheben, da eine Vermehrung der Radfahrwege nicht mehr nötig sei. Blunck fragte an, ob die neue Puppenbrücke, die geplant sei, noch vor der Fertigstellung des neuen Bahnhofes in Betrieb genommen werden solle. Vom Senatstische wurde darauf erwidert, es sei Wunsch der Baudeputation, die neue Brücke mit dem neuen Bahnhofe zugleich fertigzustellen.

Dann gelangten ohne wesentliche Debatte die letzten Senatsanträge: Ausgestaltung der Neubauten am Burgtorzingel und Neubau einer Seebadeanstalt in Travemünde zur Annahme. Ein Gesuch des erkrankten bisherigen Boten der Bürgerschaft Joh. Ejsmann um Gewährung eines Ruhegehaltes wurde nach Befürwortung durch den Wortführer Stiller an den Bürgerausschuß verwiesen. Darauf erfolgte um 1½ Uhr Schluß der Sitzung.

Zu einer zweiten Sitzung versammelte sich die Bürgerschaft am gestrigen Abend; sie bewies dadurch, daß es doch möglich ist, auch am Abend zur Beratung zusammenzukommen, wenn man nur will. Es handelte sich allerdings um eine Frage, die nicht nur ihrer Kostspieligkeit wegen weitere Kreise interessiert, sondern die auch eine gewisse kulturelle Bedeutung hat, nämlich um den Fortbestand des Theaters und Musikvereins. Die Tribünen, die bei den gewöhnlichen Sitzungen in Anbetracht der Langweiligkeit der Debatten stets leer sind, zeigten ein ganz anderes Bild als sonst. Viele Damen und Herren der „Gesellschaft", sogar Offiziere, hatten sich eingefunden, um die Weisheit der Volksvertreter aus erster Quelle zu genießen. Beim Auftritt eines jeden Redners setzten sich Operngläser und Lorgnetten in Bewegung, wie in einer richtigen Theatervorstellung. Die Diskussion, an der sich hauptsächlich Dr. Görtz, Heise, Pape, Dr. Wittern, Dr. Benda beteiligten, war teilweise recht interessant; wir werden in Anbetracht unserer beschränkten Raumverhältnisse morgen darauf näher eingehen. Schließlich gelangten folgende Anträge zur Annahme: Einmalige außerordentliche Unterstützung von 12000 Mk. für den Verein der Musikfreunde (vom Senat gestellt); Antrag Dr. Görtz: „Die Bürgerschaft ersucht den Senat: ohne Verzug mit ihr darüber in Verhandlung zu treten: 1. daß ein öffentliches oder aus öffentlichen Mittel zu diesem Zwecke anzuschaffendes Grundstück zur Errichtung eines Theatergebäudes zur Verfügung gestellt wird; 2. welche Maßnahmen staatsseitig erforderlich sind, damit baldmöglichst auf dem zur Verfügung gestellten Platz ein neues Theater erbaut und in Betrieb gesetzt wird, und Antrag Heise: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, in Erwägung zu ziehen, ob nicht auf dem Wege der Vereinbarung mit der Kasinogesellschaft Einrichtungen im jetzigen Theatergebäude getroffen werden können, die ein Weiterspielen in diesen Räumen bis zur Fertigstellung eines neuen Theaters ermöglichen. **P. L.**

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 7. März 1905.

Eine Verfassungsänderung, die nach unserer Ansicht vom Verfassungsbruch nicht weit entfernt ist, wird von der Kommission zur Verschlechterung des Bürgerschaftswahlrechts vorgeschlagen. Sie empfiehlt folgenden Gesetzentwurf: Gesetz, betreffend die Ergänzungswahlen zur Bürgerschaft im Jahre 1905. Die verfassungsmäßig im Jahre 1905 stattfindenden Ergänzungswahlen zur Bürgerschaft werden im Monat November 1905 abgehalten. Bis zur ersten Versammlung der Bürgerschaft nach den Neuwahlen wird die Dauer des Mandates der für die Zeit bis zum 3. Montag im Juli 1905 gewählten Mitglieder der Bürgerschaft verlängert. Das gleiche gilt für die bis zu demselben Zeitpunkte gewählten Mitglieder des Bürgerausschusses hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft zu dieser Körperschaft, sowie für die bis zu demselben Zeitpunkte erwählten Geschäftsvorstände der Bürgerschaft und des Bürgerausschusses. Auf die Wahlen und die Vorbereitung der Wahlen finden die bestehenden Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen mit der Maßgabe Anwendung, daß die verfassungsmäßig oder gesetzlich bestimmten Zeiten um fünf Monate verschoben werden.

Im Sozialdemokratischen Verein hielt gestern abend Gen. Reichstagsabg. Schwartz einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen. Redner betonte, daß die sozialdemokratische Partei Lübecks auch in diesem Jahre mit regem Eifer in die Wahlbewegung eintreten werde und empfahl zwecks Einleitung der Aktionen die Wahl eines 5gliedrigen Komitees. Leider lag der heute morgen veröffentlichte und an leitender Stelle abgedruckte Bericht der Wahlunrechtskommission noch nicht vor, sonst wäre die Debatte ohne Frage eine recht lebhafte gewesen. In das Bürgerschaftswahlkomitee wurden gewählt die Genossen Th. Schwartz, A. Ehlers, G. Ehlers, Schneider und Stelling. — Bezüglich der Maifeier wurde beschlossen, am 1. Mai morgens eine Versammlung abzuhalten und nachmittags einen Ausflug zu unternehmen. Einem aus 11 Genossen bestehenden Komitee wurden die Vorarbeiten übertragen. Nach einigen erläuternden Ausführungen des Gen. Wissell fand ein Antrag des Vorstandes und Ausschusses, am 9., 10. oder 11. Mai eine Schiller-Gedächtnisfeier, bestehend in Festrede, Musik, Gesangsvorträgen und Rezitationen, zu arrangieren. Das Eintrittsgeld wurde auf 25 Pfg. festgesetzt. Das aus den Genossen Wissell, Löwigt und Küntzel bestehende Komitee hat die Arrangements zu treffen und den Tag festzusetzen.

Das Arbeitersekretariat gibt soeben seinen vierten Jahresbericht heraus. Aus demselben ist ersichtlich, daß sich die Besucherzahl des von den organisierten Arbeitern Lübecks gegründeten und erhaltenen Auskunftsbureaus wiederum um einige Hundert vermehrt hat; demzufolge ist selbstverständlich auch der Nutzen dieses Instituts für die Arbeiterschaft noch gesteigert worden. Wir empfehlen den Bericht, der allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern unentgeltlich zugestellt wird, zu einem eingehenden Studium; er bietet sehr viel des Interessanten und Lehrreichen.

Eine öffentliche Versammlung der Schneiderinnen, Wäscherinnen, Näherinnen und Putzmacherinnen findet Mittwochabend im „Vereinshaus statt. Die Tagesordnung lautet: Die Gewerkschaft als Interessenvertretung der Arbeiterinnen. Die Genossen werden ersucht, Bekannte und Angehörige, die in den vorstehend erwähnten Branchen tätig sind, auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

pb. **Festgenommen** wurde ein hiesiger Kaufmannslehrling, der sich mittelst Einsteigens in das Kontor seines Prinzipals und Erbrechens der dort stehenden Pulte, etwa 500 Mk. rechtswidrig aneignete. Das Geld vergeudete er in leichtsinniger Gesellschaft bis auf 33 Mk., die noch bei ihm gefunden wurden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Selbstmord. In Hamburg, Colonnaden 45, hat sich Montag Vormittag ein junger Mann erschossen, anscheinend ein Kaufmann aus Bremen. Er soll einen leichtsinnigen Lebenswandel geführt und viel Schulden gemacht haben. Die Leiche brachte man ins Hafenkrankenhaus. — Ertrunken. Laute Hülferufe erschollen in der Sonntagnacht von der Roosenbrücke in Hamburg her. Ein Schutzmann eilte der Schallrichtung nach und sah einen Mann im Wasser, den er mit einem Rettungshaken zu fassen suchte. Der Verunglückte sank jedoch in die Tiefe; auch die von der Besatzung eines Schleppers angestellten Rettungsversuche haben leider nicht den gewünschten Erfolg gehabt. — Auf dem Rangierbahnhofe Neumünster fand man den Rangierer Dohse tot im Bremskasten eines Güterwagens auf. Da die Laterne, die der Mann vor der Brust trug, total zertrümmert war, so ist der Tod wohl durch einen Rückschlag des Bremshebels herbeigeführt worden. — Großes Schadenfeuer. Sonntagabend kam auf dem herzoglichen Gute Staun bei Schwansen ein großes Schadenfeuer zum Ausbruch. Das Kuhhaus und zwei große Kornscheunen wurden eingeäschert. Der große Viehstapel, über 100 Haupt, kam um. Es gelang, 9 Kühe und 1 Stier zu retten.

Oldesloe. Ein Sittenverbrechen rohester Art verübte am Freitag nachmittag ein auf der Papierfabrik wohnender Erdarbeiter an einem ¼ Jahr alten Kinde seines Logisgebers, welches für kurze Zeit ohne Aufsicht gelassen war. Das Kind mußte sofort in ärztliche Behandlung genommen werden. Der Unhold, welcher die Tat bestreitet, wurde in Haft genommen.

Uetersen. In der Jenssschen Leimfabrik sind die Arbeiter in den Ausstand eingetreten. Zuzug ist fernzuhalten.

Flensburg. Der berüchtigte Kirchenräuber Matrosen-Artillerist Strücker von der 1. Matrosen-Division aus Friedrichsort beschäftigte Sonnabend das Marine-Kriegsgericht. Die Anklage legte dem Strücker nicht weniger als 14 Straftaten zur Last. Das Urteil lautete auf 3½ Jahre Zuchthaus, 17 Tage Haft, 5 Jahre Ehrverlust, Ausstoßung aus der Marine und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

Flensburg. Verhaftung des Mörders der Kogel. In der Nacht zum 26. Januar ist hier die Prostituierte Kogel in ihrer Wohnung ermordet worden. Der Mörder, dessen Aussehen damals beschrieben war, sollte den Eindruck eines Schlächters oder Kochs gemacht haben. Am Tatort waren ein Kragenschoner und ein weißes Taschentuch (gez. W. L. 15) zurückgeblieben. Wegen dringenden Verdachts der Täterschaft ist jetzt in Magdeburg der Fleischergeselle Willi L. festgenommen. Er hat sich zur Zeit des Mordes in Flensburg aufgehalten; die Anfangsbuchstaben seines Namens stimmen mit den Zeichen des vorgefundenen Taschentuchs überein.

Bremerhaven. Wegen Beleidigung zweier Streikbrecher-Agenten, der Herren Stöver und Kistner, wurde der Verantwortliche der „Norddeutschen Volksstimme", Genosse Thienst, zu 75 Mark Geldstrafe verurteilt.

Letzte Nachrichten.

Marienwerder. Genickstarre. Unter den Mannschaften der Unteroffiziersschule ist ein tödlich verlaufener Fall von Genickstarre vorgekommen.

Dresden. Verurteilter Gattenmörder. Das Schwurgericht verurteilte einen Geldbriefträger wegen versuchten Gattenmordes zu acht Jahren Zuchthaus. Er hatte wiederholt Arsenik in den Kaffee und die Speisen seiner Frau gemischt.

Alexandria. Untergegangener Postdampfer. Gestern ist der italienische Postdampfer „Kairo" vor dem hiesigen Hafen untergegangen. Die gesamte Post ist vermutlich verloren. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Am 6. März, nachts 12¾ Uhr, starb an der Proletarierkrankheit unser treuer Genosse, der Steinmetz

Bruno Quarg.

Ehre seinem Andenken.

Mölln, den 6. März 1905.

Der Vertrauensmann.

Beerdigung: Donnerstag den 9. März, nachmittags 3 Uhr.

Danksagung.

Unsern innigsten Dank sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten für die reichen Kranzspenden, insbesondere Herrn Pastor Evers für die trostreichen Worte am Sarge unseres verstorbenen Lieblings.

Die tiefbetrübten Eltern

M. Eichbaum und Frau,

geb. Wulf

Zum 1. April 3 Stuben-Wohnung

zu vermieten. Preis 193 Mk.

Bäckerstraße 9.

Zu vermieten zum 1. April **eine freundliche erste abgeschlossene Etage,** 2 Zimmer und sämtliches Zubehör. Preis 200 Mk.

Ziegelstraße 25 b

Eine schöne Vierstuben-Wohnung

zum 1. April

J. G. Bull. Marienbusch.

Abgeschlossene Zweistuben-Wohnung, Küche, Speisekammer, Boden und Keller, **und ein leeres Zimmer** zum 1. April zu vermieten Schönböckenerstraße 3c, im Laden

---

Ein älterer Zimmerer, der sich für keine Arbeit scheut, sucht irgend welche Beschäftigung.

Off. u. A H 23 an die Exped. d. Bl.

Junger Arbeiter

verheiratet, wünscht Beschäftigung.

Großer Kiesau 30

Junger Arbeitsbursche

Westhofstraße 43.

Eine guterhalt. Schneider-Maschine und ein Küchenschrank

Fischergrube 27, I.

Eine Plüschgarnitur, Spiegel, Vertikow, Tisch, äußerst billig, auch geteilt zu verkaufen

Brodesstraße 23, I.

Schuhmacherei

m. vollst. Einr., sehr gut. Kundsch. u. kl. Haus bill. bei kl. Ausz. z. verk od. zu verp.

Näheres Glandorpstr. 16.

Ein fast neues Fahrrad

ist preiswert zu verkaufen.

Attendornstraße 32, II.

Karl Kolz, Schuhmacher

Arnimstraße 20

empfiehlt sich zu allen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten.

W. F. Fienke, Paulstraße 16

Sargmagazin

Lager fertiger Särge in allen Größen und Preislagen.

Unter alte emaillierte Töpfe werden neue emaill. Böden gesetzt.

Mengstraße 19.

Beste französ. und magnum bonum-Eßkartoffeln

sowie Chalotten zum Pflanzen empfiehlt

A. Bothe, Füchtingstraße 18.

Diese Woche:

Kalbfleisch

per Pfund 35 und 40 Pfg.

Karl Jürgensen, Tünkenhagen 3.

Reclam's Bibliothek

in Taschenformat.

Romane und Novellen der beliebtesten Schriftsteller.

à Bändchen 20 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Morgen Mittwoch

beginnen

grosse

Sensations- Angebote

für

98 Pfg.

98 Pfg.

98 Pfg.

98 Pfg.

98 Pfg.

98 Pfg.

98 Pfg.

98 Pfg.

Bitte Schaufenster und Inserat beachten!

Karl Voss

nur Holstenstr. 27

empfiehlt billigst

Feigen

viele Sort. Pfd. u. 20 Pf. an

ff. Weintrauben

Pfd. 60 Pfg.,

ff. Traubrosinen

Pfd. 60 Pfg.

allerfeinste do. Pfd. 70 Pf.

Krachmandeln

und alle Sorten Nüsse,

ff. Rosinen, Pfund 25 Pfg.,

ferner:

Schwarzwurzeln,
Blumenkohl,
Tomaten,
Weiß- und Rotkohl,
Kopfsalat,
Endiviensalat,
Radieschen,
Salatgurken,

neue lange

Kartoffeln

in 3 Sorten,

alte Kartoffeln

als: Eierkartoffeln,
Magnum bonum,
u. Gesellschaftskartoffeln
in denkbar feinster
Qualität u. zu billigsten
Preisen.

Prima Bratenschmalz

Pfd. 40 Pfg.

1 Posten ger. Wurst

Pfd. 80 Pfg.

Friedr. Paetau

Wurstfabrik.

Fernsprecher 1175. Mühlenstraße 37.

Allerfeinste holsteinische Meiereibutter

Pfd. 1.20 Mk., bei 5 Pfd. 1.16 Mk.

10 frische hiesige Eier 60 Pfg.

empfiehlt

Wilh. Süfke, Marienkirchpl. 25.

Holländischen Käse Pfd. 80 Pfg.

Mittwoch in der Markthalle.

L. Behnk.

Quartett „Italia"

Stiftungs-Fest

verbunden mit Aufführungen
am Sonntag den 12. März 1905
im Lokale des Herrn H. Lüth,
„Hansa-Halle":

Eintritts-Karten im Vorverkauf 50 Pfg., an der Kasse 60 Pfg., Damen frei.

Der Vorstand.

PANORAMA

(Filiale a. d. Passage, Berlin)

Breitestraße 53, I. Etage.

Ein interessanter Spaziergang durch die Welt-Ausstellung zu St. Louis.

Apfelsinen

nur das feinste, was darin zu haben ist, empfehle in allen Packungen billigst.

Jetzt beste Zeit zum Kistenreinkauf.

Bittere Messina-Orangen in 3 Sorten.

Ferner empfing jetzt eine Partie

Ananas, Pfd. nur 80 Pfg.

viele kleine Früchte

Allerfeinste Marokkaner Datteln Pfd. 50 Pfg.

Und neuer Zufuhr eingetroffen. Kiste 9 Pfd. netto Mk. 4.00.

Fernsprecher 1734. **Karl Voss** nur Holstenstr. 27.

Achtung!

Maurer, Zimmerern. Bauarbeiter!

Gemeinsame Versammlung

am Mittwoch, den 8. März

abends 8½ Uhr

im großen Saale des „Vereinshauses", Johannisstr. 50.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zur Lohnforderung.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Achtung!

Oeffentliche Versammlung

der

Schneiderinnen, Wäscherinnen, Näherinnen und Putzmacherinnen

am Mittwoch d. 8. März, abds. 8½ Uhr im Vereinshaus, Johannisstr.

Tagesordnung: Die Gewerkschaft als Interessenvertretung der Arbeiterinnen u. Verhältnisse.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Einberufer.

Warenhaus

HANSA.

A. Wagner & Co.

Stadt-Theater.

Mittwoch den 8. März 1905.

Abends 7 Uhr. Ende 9½ Uhr.

165 Vorstellung. 24. Mittwochs-Abonnement.

Festvorstellung d. Vereins Concordia.

Das Opferlamm.

Donnerstag den 9. März 166. Vorstellung.

[Auf allgemeines Verlangen]

Die Siebzehnjährigen.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt
Drucker: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 57. Mittwoch, den 8 März 1905. 12. Jahrg.

Die Stimmung des russischen Militärs.

Es ist für jedermann klar, daß die weiteren Schicksale der Revolution in Rußland in höchstem Maße von dem Verhalten des Militärs abhängen. Der Kadavergehorsam, mit dem das Militär in den letzten Wochen, seit dem 22. Januar, den Mordbefehlen der zarischen Baschibozuks folgte und die ruhige Bevölkerung niedermachte, war immerhin einigermaßen überraschend. Es blieb jedoch abzuwarten, ob diese schändlichen Schlächtereien, ob der Bürgerkrieg selbst nicht auf das Militär aufrüttelnd, auf die bestialische Disziplin demoralisierend wirkt und so für die weiteren unvermeidlichen Zusammenstöße des Volkes mit der bewaffneten Macht günstigere Aussichten schafft. Zu dieser ungemein wichtigen Frage erhält der „Vorw." die nachstehende interessante Korrespondenz aus Offizierskreisen.

„Sobald der Generalstreik in Warschau erklärt war, wurde im Militär Alarm geschlagen. Wie immer im Falle der „Unruhen" wurde die Befehlsmacht dem Kommandanten des hiesigen Festungsrayons, Bogolubow, übergeben. Da er aber zurzeit auf Urlaub war, so vertrat ihn der Generalleutnant Nowosilzew. Dieser verfügte sofort, durch Vermittlung Tschertkows, daß folgende Hülfstruppen nach Warschau zusammengezogen werden: Eine Brigade der zweiten Division aus Biela, die Reservebrigade aus Jablonna und Noweminsk, zwei Regimenter Dragoner aus Minsk und ein Regiment Kosaken. So kamen zu den 40 000 Mann des Warschauer Bezirks noch zirka 6000 Mann „Hülfstruppen"! Den Soldaten wurden scharfe Patronen gegeben, 120 Stück pro Mann. Den Kompagniechefs wurde empfohlen, ihre Soldaten durch Ansprachen besonders scharf zu machen. Am Sonnabend, den 28. Januar, wurde eine Sitzung der Abteilungschefs unter Vorsitz von Nawosilzew abgehalten, ein formeller Kriegsrat. . . . . Es wurde beschlossen, die Stadt in Reviere einzuteilen und jedes einem Regiment „anzuvertrauen", unter Beigabe einer Abteilung Kavallerie. Besonders wurde auch die Frage der Einnahme von Barrikaden ventiliert. Mit einem Worte, man bereitete sich zu einem Kampfe auf Tod und Leben vor.

Am andern Tage begann denn auch der Massenmord. Nach minimalsten Berechnungen wurden 200 Menschen getötet. Das Petersburger Regiment der Gardekorps hat eine ungeheure Zahl von Patronen verschossen; einige seiner Kompagnien hatten ihre sämtlichen Patronen verbraucht und nahmen noch welche von andern dazu. Der Oberstleutnant dieses Regiments Petrow hat eigenhändig zwei Menschen erschossen; seiner Halbkompagnie befahl er direkt, auf Gruppen von 5—10 Personen zu schießen. Das Wolhynier-Regiment der Gardekorps schoß unterwegs, als es aus der Kaserne in die Stadt zog, einfach auf die Passanten auf den Straßen, „übungshalber". Sie töteten drei Kinder und eine Frau. Neben der Garde zeichneten sich die Husaren aus, unter der Führung von Fähnrichen, unter denen sich besonders zwei Polen: Dallinski und Pschesdezki, hervorgetan haben. Der erstere dieser Helden überfiel am Sonntag mit seinen Husaren einen Hochzeitszug bei dem „Europäischen Hotel" und verwundete sechs Personen. Der andere zeichnete sich in der Nowy Swiatstraße aus. Die Armee glich im heiligen Eifer nicht ganz der Garde. Auf das 183. Grochower Regiment entfielen 16 Tote und Verwundete, auf das 184. Warschauer Reserve-Regiment ein Toter und ein Verwundeter; das Pultusker Regiment, welches die ganze Nacht vom Sonnabend auf Sonntag geschossen hat, hat niemand getötet und niemand verwundet. Aus dem 184. Warschauer Regiment hat sich noch der Unterleutnant Makesjew durch sein Schießen aufs Volk hervorgetan. Ein Kapitän hat den strengsten Verweis gekriegt, weil er „Maßnahmen zur Niederhaltung der Unruhen" unterlassen hätte. Aber dieser Fall blieb vereinzelt. Im allgemeinen ließ sich eine rührende Harmonie und Allianz zwischen den Offizieren und der Polizei mitsamt den Spitzeln beobachten, wobei die Offiziere manchmal selbst und zwar mit großem Eifer den Pflichten der Geheimpolizei oblagen. So sind bis jetzt 5 Fälle festgestellt worden, wo Offiziere an den Passanten auf der Straße — in 2 Fällen am hellichten Tage — die Leibesvisitation vornahmen und nach revolutionären Schriften schnüffelten. In der Zlotastraße kam folgender Fall vor: eine Kompagnie Soldaten marschiert vorbei, an der Spitze ein Offizier, ein Polizeikommissar und ein Spitzel. Letzterer späht unter dem Publikum „die Aufwiegler" aus. „Sehen Sie — der da — der da!" flüstert er dem Offizier ins Ohr, auf irgend jemand zeigend, und der tapfere „Marssohn" stürzt sich in die Menge, greift den „Aufwiegler" heraus und visitiert ihn eigenhändig! . . . Die formelle Unterstellung der Offiziere unter die Polizei war bereits im Oktober laut einem Armeebefehl des Kommandierenden vollzogen. Der Offizier muß demgemäß den Weisungen der Polizeikommissare folgen und gehorchen. . . . Das Offizierkorps protestierte und murrte „unter sich" gegen diese Schmach, frondierte wohl im Stillen, ging aber und geht mit der Polizei und den Gendarmen Hand in Hand.

Allein der letzte Generalstreik der Arbeiterschaft hat innerhalb der Offizierskreise einen scharfen Riß hervorgerufen. Alle halbwegs anständigen Elemente unter den Offizieren sprechen sich jetzt in schroffster Weise gegen das herrschende politische Regime aus, gegen die schändlichen Zumutungen, das wehrlose, verzweifelte Volk niederzumetzeln. Diese besseren Elemente reden jetzt freier von der Leber weg, wagen sich laut mit scharfen Urteilen hervor und sondern sich offen von dem knutentreuen Pöbel im „Rock des Zaren." Die Ereignisse der jüngsten Tage revolutionieren eben auch die Offiziere. Diese sind nicht mehr jene stumpfsinnige, gedankenlose, homogene Masse der früheren Tage; es gärt auch schon in dieser Schicht und der frühere politische Indifferentismus ist dahin. Es lassen sich auch bereits die verschiedenen Gruppen und Richtungen wahrnehmen, in die sich die Offiziersmasse differenziert. Es gibt da sichtbar eine Gruppe, die ganz bewußt der großen Volksmasse in Rußland feindselig gegenübersteht und über den engen Zusammenhang der eigenen Kasteninteressen mit denen der herrschenden Clique des Absolutismus sich klar ist. Diese Gruppe kämpft gegen den „inneren Feind" mit voller Ueberzeugung, als gegen den Feind auch der eigenen Kaste. Sie ist besonders stark in der Garde und der Kavallerie, den beiden von der Regierung am meisten bevorzugten und gehätschelten Truppengattungen. Mit dieser dunklen Macht wird man sehr rechnen müssen.

Unter den Mannschaften läßt sich dieselbe Gruppierung in verschiedene „Lager" bemerken. Die Mehrzahl der Unteroffiziere und der übrigen soldatischen „Obrigkeit" ist der Volksbewegung feindlich gesinnt, weil sie mit dem Mutterboden des Dorfes, mit der Heimat jede Fühlung verloren haben. Dafür empfindet die übergroße Mehrheit der Soldaten den Militärdienst und insbesondere die Rolle der Mörder des wehrlosen Volkes als eine unerträgliche Pein. Ueber die Ursachen und den Charakter der Unruhen, urteilen die Soldaten meistens so: „Das Volk wird rebellisch, weil es hungert". Aber die Furcht vor den Vorgesetzten und die Unklarheit über den wahrlichen Sinn der Ereignisse, das Fehlen der lebendigen Fühlung mit der Bevölkerung (in Rußland werden die Soldaten möglichst weit von ihren Heimatorten garnisoniert, so daß in jeder Gegend wildfremde Landsmannschaften unter den Waffen stehen. D. Red.) und viele andere Momente wirken dahin, daß schließlich der Soldat, wenn auch mit schwerem Herzen, Gehorsam leistet und gegen das Volk vorgeht.

Und doch, mit welcher Gier fangen sie jedes aufklärende Wort auf! Mit welcher Leidenschaft stürzen sie sich über jedes „verbotene" Schriftchen! In Neu-Alexandrien wendete sich neulich der Kommandeur des 71. Bielower Regiments während einer Parade an die Soldaten mit folgender Ansprache: „Brüder! Bald kommt vielleicht an uns die Reihe, gegen die Japaner loszuziehen. Wollen wir dann für Mütterchen — Rußland, für Väterchen — Zaren brav fechten! Wollen wir die Ehre des Bielower Regiments hochhalten!" Darauf das ganze Regiment wie aus einem Munde schrie: „Nein, wir gehen nicht in den Krieg!" Was für Folgen dieser Zwischenfall haben wird, ist noch unbekannt." —

In einem andern Briefe wird über denselben Fall noch folgendes berichtet:

„Neu-Alexandrien (Pulawy auf polnisch). Hier steht das 71. Bielower Regiment, in dem es stark gärt. Neulich haben die Soldaten auf eigene Faust und ohne Vorwissen des lokalen Komitees der Sozialdemokratie Russisch-Polens beschlossen, ihre Unzufriedenheit in irgend einer Weise zu manifestieren. Als das Regimentsschießen kam, gaben sämtliche Soldaten, auf den Befehl, zum Ziel zu schießen, Feuer in die Luft. Man wiederholte den Befehl und wieder zielten die Soldaten in die Höhe, nicht eine Kugel traf in's Ziel. Der Vorfall hatte bereits lebhafte Erregung in der Obrigkeit hervorgerufen. Kurz darauf wurde das Regiment in Paradestellung aufgestellt und der Regimentschef wandte sich an die Soldaten mit einer „patriotischen" Rede, in der er über die „Rebellion" in Rußland sprach und gegen den „inneren Feind" und auch die Japaner anfeuerte. „Die Japaner," sagte er, „haben uns Port Arthur und viele andere Besitzungen weggenommen, aber ich hoffe, daß wir, das Bielower Regiment, von dem Feinde alles wieder zurückerobern werden." Noch war unsers Cicero nicht weiter gekommen, als das ganze Regiment den lauten Ruf erhob: „In den Krieg gehen wir nicht!" Der Regimentschef stand, wie vom Blitz getroffen, einige Minuten, dann erholte er sich und wollte fortfahren in der Rede, worauf jedoch die Rufe ertönten: „Fort mit dem Kriege!" Nach diesem Ereignis händigte eine Gruppe Soldaten dem Kommandierenden einen Brief ein, in dem sie ihm erklärten, daß er von seinem Regiment „zum Tode verurteilt sei" — zur Strafe für seine Soldatenschinderei. Bald gab es eine neue unerhörte Aufregung: die Soldaten haben eine Demonstration mit roter Fahne veranstaltet und die „Dubinuschka" gesungen, worauf sie ruhig auseinandergingen. Die Obrigkeit, die ganz bestürzt ist, nahm noch keine Verhaftungen vor. Nur ein Soldat ist auf direkte Denunziation festgenommen worden.

Aus demselben Regiment wurden zwei Kompagnien nach Kielce geschickt zur Aufrechterhaltung der „inneren Ordnung" an Stelle des dortigen Militärs, das nach der Mandschurei gezogen war. Während der jüngsten Arbeitererhebung erhielten die Soldaten Befehl, auf das Volk zu schießen. Die zwei Bielower Kompagnien verweigerten den Gehorsam, während die übrigen schossen. Als darauf ein Bielower Soldat als „Aufwiegler" verhaftet werden sollte, revoltierten die sämtlichen übrigen Kameraden und forderten entweder die Freilassung der „Aufwiegler" oder die Verhaftung der beiden Kompagnien. Man ließ einstweilen den Verhafteten frei, die „Obrigkeit" weiß offenbar nicht, was sie mit der rebellischen Mannschaft anfangen soll, da das gesamte Regiment „infiziert" ist."

Soziales und Politisches.

An die organisierten Arbeiter Deutschlands! Nachdem der Streik der Bergleute im Ruhrkohlenrevier durch die Beschlüsse der Revierkonferenzen vom 9. und 12. Februar und durch die darauf folgende allgemeine Arbeitsaufnahme seitens der Ausständigen sein Ende erreicht hat, ersucht die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Einverständnis mit dem Vorstand des deutschen Bergarbeiter-Verbandes die organisierte Arbeiterschaft, von weiteren Geld-

Afraja.

Ein nordischer Roman von Theodor Mügge.

96. Fortsetzung.

„Wo hast du Gula gelassen?" fuhr der Lappe fort, indem er seine Büchse aufhob.

„Ist dir dein Schätzchen davon gelaufen, du armer Junge?" antwortete der Schreiber. „Suche sie dir, ich will dir helfen."

„Falscher Mann, du hast sie gestohlen!" schrie der Lappe. „Gib sie heraus! Wo ist sie?"

„Hier! Mortuno, hier! Was du für ein närrischer Junge bist, und wie schrecklich du deine Augen verdrehst. Gula hat uns selbst eingeladen, sie hat uns Nachricht von ihrem Aufenthalt gegeben, wie hätten wir sie sonst auffinden können? Ihr innigster Wunsch ist, wieder bei uns, bei ihrem Wohltäter Helgestad und bei ihrem Freund Björnarne zu leben. Wie kannst du darüber so böse sein?"

„Du lügst!" rief Mortuno. „Ein Geschrei hat mich aufgeweckt; ich habe das Tier gefunden, Gulas treues Tier, das du gemordet hast. Wohin dein Fuß tritt, ist Blut, wohin dein Auge sieht, verdorrt Gras und Blume."

„Ich habe es immer gesagt," lachte Paul, indem er langsam sein Gewehr aufhob und den Hahn spannte, daß du ein Poet bist, und du hast mir einen Gesang versprochen. Den will ich jetzt haben, mein guter Junge, oder ich will dich anders singen lehren. Rühr' dich nicht, ich bitte dich darum, denn so wie du eine Bewegung machst, gibt es ein Unglück. Heda, Egede, Olaf! geht zu ihm und reicht ihm eure brüderlichen Hände."

Indem er dies sagte, hörte Mortuno einen gellenden Schrei. Er stand der Büchsenmündung des listigen Schreibers gegenüber, der auf ihn angelegt hatte, und zweifelte nicht, daß die geringste Bewegung ihn niederstrecken würde. Bei dem Schrei jedoch rollten seine Augen nach dem Steine hin. Er sah Gula nicht, aber es war ihre Stimme, und mit Blitzeschnelle duckte er sich zusammen, machte einen Sprung dem Versteck entgegen und drückte seine unbehilfliche Waffe in demselben Augenblicke auf Paul ab, wo die Gefangene zwischen den Steinen hervor ihm entgegenlief. Paul schoß mit einem Fluche nach dem Lappen, der jedoch ohne Zweifel unverletzt geblieben wäre, hätte nicht fast zugleich noch ein Schuß geknallt, welcher besser traf. — Mortuno stürzte lautlos nieder und Gula warf sich über ihn hin, ohne einen weiteren Versuch zur Flucht zu machen, die nicht gelingen konnte, denn Björnarne war dicht hinter ihr, und Olaf sprang mit seinem rauchenden Gewehr an ihr vorüber. Aber alle blieben stehen, und selbst Paul, so boshaft und unrühmbar er war, sagte kein freches Wort, als er das arme Kind an der Seite des unglücklichen Jünglings knieen sah. Sie hatte ihm das Haar zurückgestrichen; ein paar kleine blutige Rinnen liefen über seine Stirn. So blickte sie in seine starren, gebrochenen Augen, ihre zitternden Hände auf seinem Kopf, und plötzlich schien ihr eine Hoffnung zu kommen. Der Körper regte sich, die Füße zuckten, als wollte er sich aufrichten; es war, als gewönnen seine Blicke noch einmal Leben und Verständnis.

„O! wache auf," rief sie ihm zu; „hörst du mich, Mortuno, hörst du mich? Hat mein Ruf, den du über Seen und Wolken hören wolltest, keine Macht an deinem Ohr?"

Der Sterbende tat seine Augen noch einmal auf, und indem er sie tief und starr ansah, lag er als Leiche vor ihr.

„Helft ihm! helft ihm!" schrie Gula kläglich. Ihrem Schrei folgte ein Wimmern, als sie den Kopf an sich preßte und ihn aufzurichten suchte.

„Warum habt ihr sie schreien und laufen lassen," sagte Paul zornig. „Wäre das nicht gewesen, so hätten wir ihn lebendig bekommen."

„Sie hatte Björnarne flehentlich gebeten, ihre Arme loszuschütteln," antwortete Olaf, „und wurde wie toll, als sie den Burschen hörte."

„Sie wird ihn niemals mehr hören", murmelte der Schreiber. „Einen guten Zoll tiefer hast du ihm seinen Meisterschuß durch deinen Hut zurückgegeben, das reicht hin für alle Zeit. Aber wahrhaftig", fuhr er fort, „indem er an seine Seite faßte, ich glaube, der Schelm hat nicht allein den prächtigen Hut, sondern mir Rock und Hemd verdorben.

Er merkte jetzt erst, daß Mortuno eine Kugel in seinem Lauf gehabt, und als er in seine linke Seite faßte, brachte er die Finger blutig zurück.

Olaf sah hin und sagte dann: „Die Haut ist fortgerissen; ein ziemlich langes Stück Fleisch und Fell sind verloren gegangen."

„Wie kann man so niedrig rachsüchtig sein", spottete Paul, „einem Menschen, der so wenig Fleisch übrig hat, noch dies wenige verkürzen zu wollen. Jetzt aber müssen wir dieser Szene ein Ende machen. Da kommt Egede mit den Pferden, gib acht auf sein liebenswürdiges Lächeln, wenn er den Burschen, den er so lange haben wollte, ohne ihn je bekommen zu können, jetzt als einen stillen Mann vor sich sieht, der ihm sie wieder entspringen wird."

„Hier trennt sich unser Weg", fuhr er fort. „Ich muß geradeaus an den Lyngenfjord, wo morgen der Markt eröffnet wird, du wirst mit Egede und dieser betrübten Puppe linkswärts auf die hohe Jaure losziehen, die soeben im Morgenschein sich sehen läßt. Es ist die Reisejaure, hinter ihr liegt der Quänarnefjord. Egede ist dort gut bekannt, er hat eine Art Vetter oder Freund an der Lachself wohnen, dessen Boot euch zu Diensten steht."

„Und dann?" fragte Olaf.

„Dann in Gottes Namen den Fjord hinunter und nach Lappen, wo wir vor der Hand das Schätzchen bergen wollen."

sammlungen für die Bergarbeiter im Ruhrrevier abzusehen. Obwohl der deutsche Bergarbeiter-Verband noch mehrere Tausend gemaßregelte Mitglieder bis auf weiteres zu unterstützen hat, so glaubte er doch, von einer weiteren Inanspruchnahme der Unterstützungen der Arbeiterschaft Abstand nehmen zu können. Er richtet indes an alle Gewerkschaften, Gewerkschaftskartelle und Sammelstellen das dringende Ersuchen, **die bereits gesammelten Beiträge, sowie die auf ausstehenden Listen noch eingehenden Gelder baldmöglichst an den Kassierer des Verbandes, Paul Horn, Bochum, Wiemelhauserstraße 38/40, einzusenden. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.**

Will man einen neuen Kampf? Unser Dortmunder Parteiorgan stellt fest, daß neuerdings auf einzelnen Zechen **Maßregelungen der Bergarbeiter** an der Tagesordnung sind. Auf der Zeche „Rheinpreußen" allein wurden in den letzten Tagen hundert Mann gekündigt und dafür ausländische Arbeiter engagiert. Alle beim Streik hervorgetretenen Leute wurden ausgesperrt, darunter auch Arbeiter, die 22 Jahre auf genannter Grube gearbeitet hatten. Die „Arbeiterzeitung" fordert die Gemaßregelten auf, den Kopf hochzuhalten, in nicht allzuferner Zeit werde Vergeltung geübt werden.

Interessante Angaben über die Arbeiterschaft, die beim Simplontunnelbau beschäftigt wurde, veröffentlicht die römische „Tribuna". Im Jahre 1898 wurden 3110 bis 3190 Arbeiter angestellt, 1899 680 bis 2490, 1900 2660 bis 3770, 1901 3640 bis 3710, 1902 2910 bis 3140, im Jahre 1903 3070 bis 3440 und endlich 1904 2590 bis 3120. Während der 6 Jahre der Arbeiten sind im ganzen 5536 Betriebsunfälle vorgekommen, von denen 36 tödlich waren und 28 zu schweren Verstümmelungen führten. Bekanntlich waren die Arbeiter ausschließlich Italiener. Von der Schweizer Seite wurden während der 6 Jahre 50 000 Postanweisungen an Angehörige der Tunnelarbeiter aufgegeben. Die nach Italien gesandten Geldsummen betrugen 2 100 000 Lire. Ein Teil der Arbeiter findet weiter bei den Vollendungsarbeiten Beschäftigung; eine größere Zahl muß aber bald entlassen werden.

Der Prozeß wegen der Katastrophe in Plötzensee ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Aus Nah und Fern.

Grabschändung. In Grabgewölbe der Johanniskirche in Osterode am Harz wurden zwei Familiengrüfte erbrochen, von den Särgen die Deckel entfernt und die Leichen barmherzig auf Strohsäcken untergebracht. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Ein netter Gesetzeshüter. Die Strafkammer in Gleiwitz verurteilte den Amtssergeanten Brauner aus Dorotheendorf wegen Sittlichkeitsverbrechens in mehreren Fällen unter Zubilligung mildernder Umstände zu 8 Monaten Gefängnis. Es wurde ihm zur Last gelegt, mit einem dreizehnjährigen Schulmädchen in unanständigen Begehungen gestanden zu haben. Der Angeklagte legte vor Gericht ein Geständnis ab.

Mißhausen und Orgel, wie reimt sich das zusammen? Unser Chemnitzer Bruderblatt schreibt: Die Bauern in Bullenhausdorf haben uns über den Zusammenhang der beiden Dinge belehrt. Ganz kürzlich hatte der Pfarrer Horn in dem genannten Dorf einen Aufruf erlassen, Geld für eine neue Orgel zu sammeln. Die gegenwärtige Orgel leide an unheilbarer Altersschwäche, die Bälge seien von restloser Beschaffenheit, manche Pfeifen gehen fehlen, andere gar keine Töne mehr von sich aus. Von idealer Sittlichkeit scheint die Kirchenaufsicht in Bullenhausdorf demnach nicht zu sein. Die Bauern des Dorfes meinen aber, es gäbe für sie schlimmere Uebelstände. Sie fürchten, daß ihnen die Gelegenheit verweigert ist, an einer Stelle einen richtigen Mißhausen aufzuschlagen, wo durch den Gebrauch viele Leute beschäftigt würden. In der Kampfener Straße wollten sie eine Düngerabladestelle errichten. Mit zwei Drittel Mehrheit lehnte der Gemeinderat ein diesbezügliches Gesuch ab. Im Reichstage sagen die Agrarier früher: Kein Kanal, keine Kähne. In Bullenhausdorf heißt es: Kein Mißhausen, keine Orgel! Zum Glück ist es der Bauernmann ganz, wenn man seine Gedankenlosigkeit rügt. Aber als Trostes sagt er sich, daß die dreimal Sage der Düngerstelle mehr wert ist als die schöne Orgel. Im Dorfblatt machen die Bauern in einem Gedicht ihrem gepreßten Herzen in der folgenden spaßhaften Weise Luft: „Bei dem in Aussicht genommenen Orgelbau sei darauf hingewiesen, daß der größte Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung jeden gutwilligen Beitrag ablehnt, und zwar solange jede Neuerung in der Gemeinde bekämpft wird, bezw. bis unser ganz gerechtes Verlangen, die Düngerabfuhr an der Kapauer Straße, von der Ortsbehörde genehmigt ist. Jahrzehnte hindurch haben wir geschmachtet und geduldet und unsern Gegnern alle Ehren bei Wahlen und dergleichen bewiesen, um sie zur Umkehr zu bewegen. Bei den gesteigerten Lasten ist uns der letzte Lebensnerv unterbunden, wir werden aber gemeinsam Schulter an Schulter kämpfen, bis wir unser gutes Recht erlangt haben. Herrn Pastor Horn bitten wir, seinen Einfluß geltend zu machen, daß der Friede in der Gemeinde wieder hergestellt wird. Dann werden auch wir unsere Taschen öffnen und den Orgelbau finanziell kräftig unterstützen." Dieses „Schmachten" nach dem Mißhausen ist köstlich. Der Pastor aber weiß nur, woran er ist und wie er die zugeknöpften Taschen öffnen kann. Zur Beurteilung der Frömmigkeit mancher Kreise ist diese Orgel- und Düngergeschichte aber zweifellos ein lehrreicher Beitrag.

Der Knabe in der Schlinge. In Greiz spielte der 13jährige Schulknabe Reinschlüssel mit anderen Knaben auf einer an einem Baum aus Stricken angebrachten Schaukel, wobei sich der zum Sitz dienende Stock löste. Der Knabe blieb beim Herunterfallen mit dem Kopfe in einer Schlinge hängen, und ehe Hilfe herbeikam, war er tot.

Der vergeßliche Amtsanwalt. Ein Arbeiter in Höchst a. M. war wegen groben Unfugs und Widerstands gegen die Staatsgewalt, da er sich seiner Verhaftung auf das Energischste widersetzte, vom Schöffengericht Höchst a. M. zu zwei Monaten Gefängnis und einer Woche Haft verurteilt worden. Hiergegen legte er Berufung ein; dieselbe blieb jedoch — durch den grenzenlosen Leichtsinn des Amtsanwalts, eines Leutnants a. D., wie der Oberstaatsanwalt wörtlich bei der fortgesetzten Verhandlung vor dem Oberlandesgericht meinte — liegen, bis sie sich fast nach einem Jahre vorfand und vor der Strafkammer Wiesbaden verhandelt werden konnte. Hier wurde nun die erstinstanzliche Strafe bestätigt. Gegen dieses Erkenntnis legte jedoch die Oberstaatsanwaltschaft Berufung ein, da ihrer Ansicht nach die Haftstrafe längst verjährt war und eine Verfolgung des § 65, 2 der Strafprozeßordnung stattgefunden habe. Auch läge keine ideale Konkurrenz zwischen beiden Strafaten vor, sondern jedenfalls eine abgeschlossene Handlung, und selbst wenn der Angeklagte noch während seiner Verhaftung und Festschaffung Lärm gemacht habe, falle dies unter den Widerstand. Der Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M. schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Aufhebung der Haftstrafe unter Aufhebung der Kosten der Revisionsinstanz auf die Staatskasse. Wie man sieht, kann auch manchmal die Nachlässigkeit einer Amtsperson von Vorteil sein.

Ein Bitterbild aus Schwaben. Das Schwurgericht in Augsburg hat den 29 Jahre alten verheirateten Käsearbeiter Johann Schüßler, Vater von zwei Kindern, wegen Mordversuchs zu 4 Jahren Zuchthaus und 10jährigem Ehrverlust verurteilt. Sch. hatte sich der 24jährigen Bauerntochter Josepha Sommweber auf einer Eisenbahnfahrt unter falschem Namen genähert und sich mit ihr unter Zustimmung der Eltern verlobt und das Paar hatte längere Zeit ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Als die Eltern des Mädchens auf Eheschließung drangen, riete er ab und ließ bald darauf durch seinen angeblichen geistlichen Bruder, der gar nicht existierte, melden, daß er sich erschossen habe. Der angebliche Bruder teilte gleich seine Ankunft an. Er (der Käsearbeiter Johann Schüßler) zog ein geistliches Gewand an, ließ sich den Bart abnehmen, eine Tonsur scheren und kam. Er wurde freundlich aufgenommen, weinte und betete mit dem Mädchen über den angeblichen Tod seines angeblichen Bruders, der er selber war, und niemand erkannte ihn. Abends schlich er Radisch vor, das Mädchen mußte ihm in der Nacht Unterschlupf machen, und dabei bewog er sie unter dem Versprechen, sie zu seiner Haushälterin zu machen, und unter dem Vorgeben, es sei keine Sünde, zu intimem Verkehr. Einen so ging es die folgende Nacht. Dann suchte er das Mädchen zu erdrosseln. Da das Mädchen Lärm machte (Hund bellte), lief er, stürzte die Schemmelerne herab, blieb bewußtlos liegen und wurde so festgenommen. Das Mädchen war nur kurze Zeit bewußtlos.

Ein Riesenbrand. Aus Stettin schreiben (Graf Haft Dankem) wird gemeldet: Eine große Feuersbrunst ist um Mitternacht in den neuen, zum Beladen der Kohlenschiffe dienenden Kais am Tynefluß ausgebrochen. Die Kais, deren Wert auf nahezu 4 Millionen Mark geschätzt wird, sind vollkommen zerstört, ebenso eine große Menge von Maschinen neuesten Typs, die zum Befrachten und Löschen der Schiffe dienten. Die Flammen bemächtigten sich außerdem eines großen hölzernen Schuppens. Eine Unmenge Holz ist verbrannt, 50 Eisenbahnwagen sind zerstört. Der Dampfer „Johannesburg" ist durch das Feuer stark mitgenommen. Der Brand wütete noch am frühen Morgen, doch gelang es, ein weiteres Umsichgreifen zu verhüten.

Raubmord an Bord eines Schiffes. Als jüngst der von New-York kommende Dampfer „Larchmont" in Providence einlief, machten die Offiziere des Schiffes die Entdeckung, daß während der Nacht an Bord ein Mann ermordet worden war. Der Ermordete stammt aus Providence und hieß John Hart; er war 25 Jahre alt und zuletzt als Ingenieur auf einem elektrischen Boot angestellt gewesen. Seine Leiche lag in einer Kajüte, mit einer Schußwunde im Schädel; der Schußkanal ging vom Nacken nach dem linken Backenknochen. Ueber den Kopf des Toten war eine wollene Decke geworfen. Hart hatte nur seine Unterkleider an, die anderen Kleidungsstücke fehlten. Ebenso fehlten die Uhr, die Uhrkette, ein Ring und eine größere Geldsumme, die der Tote besessen hat. Es liegt also unzweifelhaft ein Raubmord vor. Von dem Mörder fehlt vorläufig jede Spur.

Die fleißigen Japaner. Trotz der unbedeutenden Anzahl von Japanern, welche den Russen in die Hände gefallen sind — es sind 65 Offiziere und 382 Mann — hat man es nötig gefunden, sie ganz erstaunlich weit von ihrer Heimat, und zwar im Gouvernement Nowgorod zu internieren. Hier, im schneevermachten Dorf Medwoledj, was beiläufig zu deutsch „bei Bär" bedeutet, sind die Söhne des Landes der aufgehenden Sonne etapiert und erwarten mit Ungeduld die Stunde der Befreiung. Denn ein Capua ist das Nowgorodsche Waldnest sicherlich nicht und selbst die Russen scheuen die Strapazen einer Reise in dieses abgelegene Nest, wo sich heute die Füchse gute Nacht sagen, wo aber ehemals eine der berüchtigten Militärkolonien des Grafen Arakschejew gehaust hat. — Kommt da neulich ein Korrespondent der Petersburger „Nowoje Wremja" in dieses Nowgorodsche Kleinjapan — denn der Ort soll schon ganz japanisch aussehen, dank den vielen Papierlaternen und künstlichen Chrysanthemums in den Fenstern — und läßt sich in die Kaserne der Kriegsgefangenen führen. Dort sitzt alles fleißig über der Arbeit zusammengebückt und keiner hebt den Kopf auf, um den fremden Ankömmling zu mustern. „Was machen denn die Leute?" fragt der Korrespondent den ihn begleitenden russischen Soldaten. „Sie lernen, Euer Gnaden! Die einen die englische, die andern die französische, die Mehrzahl aber die russische Sprache." „Ich muß gestehen," ruft der Korrespondent aus, „ein solches Bild des Fleißes habe ich noch nie gesehen. Das ganze Haus lernte. Ueberall saßen zusammengekauerte Gestalten und büffelten in Lehrbüchern. Einen ganz besonderen Eifer bezeugten diejenigen, welche die russische Sprache erlernten. Diese — immer ein ganzes Häuflein miteinander — klebten wie Fliegen am Tisch und summten auch wie ein Fliegenschwarm über einem zerzausten Lehrbuch. Ich sah mir das Titelblatt an. Es war ein vorsintflutlicher Leitfaden, mit dessen Hilfe nicht mal ein Russe etwas erlernen könnte, geschweige denn ein Japaner. Aber die fleißigen Fliegen ließen sich's nicht verdrießen. Ich war z. B. Zeuge dessen, wie sie eine kleine Erzählung in mehrere Abschnitte untereinander verteilten und dann die Bedeutung der einzelnen Worte aus ihren handschriftlichen Wörterbüchern, die ihnen noch im Kriege gedient hatten, herausfischten. Jeder suchte die Bedeutung der ihm zugeteilten Worte; das Gefundene wurde, so gut es eben anging, zusammengeleistert und als Resultat erhielt man einen in Wahrheit ungeheuerlichen Sinn. Freilich wurde im gemeinschaftlichen Konsilium eine derartige Uebersetzung verworfen und abermals begann die Schinkenarbeit, bis schließlich der erste freundliche Strahl der Wahrheit das Gewölk der Unwissenheit durchbrach. Und so arbeiteten alle, der eine an diesem Stück, der andere an jenem. Auf dem Fensterbrett, die Füße unter sich zusammengeschlagen, saß ein schlitzäugiger Husar, ganz wie bei sich zu Hause in Yokohama. Mit dem Kopfe nickend büffelte er die kaiserlichen russischen Vokabeln. . . . . Fürwahr, ein merkwürdiges, nie zuvor gesehenes Bild!" Ja, ein merkwürdiges Bild für einen loyalen zaunbegeisterten Russen, der grundsätzlich nichts lernt!

„Du willst sie nicht mitnehmen? Nicht zu Helgestad gehen?"

„Nein", sagte Paul, „ich habe es anders überlegt und habe meine Gründe dafür. Es muß der Mark vorüber sein. Brücken mir Gula holen, es würde Ihnen und Ihr schwer entstehen; morgen früh gehe es Ihnen Gula in den Finnmarken, der nicht dann erzählen. Sie muß verschwinden, bis wir den alten Schein in anderer Weise haben und je geheimer wir das Geschehene halten, um so eher wird es gelingen."

„Und Björnarne?"

„Ich nehme ihn an Ladiens mit mir", antwortete der Schreiber, „aber er wird nicht gehen wollen. Du mußt mir, Olaf, dem Sohne meines Vaters das Haus anvertrauen, ehe sie den Dienstmann hier. Björnarne aber muß wiederum dich bewachen", setzte er hinzu, „denn mit die jungen Augen der Kleinen hegen Böses Schlechtes."

„Hier", erwiderte Olaf mit einem finsteren Blick, „ich bin kein Mann für deine Ränke. Ich habe den Bauern niedergeschlagen, weil ich nicht anders konnte, weil er auf dich losbrannte, und weil er es verdient hat, aber lassen Sie mich mit Ihnen und die Rot der armen Dirne. Alles Böse in dieser Sache fällt auf dich."

„Kannst du nicht lachen, so weine wenigstens", sagte Paul, „in Ehrigen rächen ich alle Folgen auf mich. Du hast du das Gespräch, das der alte Schreiber hier verlangte?"

„In meiner Tasche."

„Gut, verwahre es wohl. Irgend wird trefflich für uns sorgen. Wind gibt es vielleicht, der Himmel jetzt bereits auf. In meiner Hochzeit bist du jedenfalls wieder in Dienstgrund. Ihr würdet den besten Tänzer machen, wenn du der glückliche Junker jetzt."

Der Rechtlander fühlte etwas von dem Spott, der durch seine dicke Haut drang und seine bösen Leidenschaften reizte, aber er schwieg, denn eben schlug Gyda ein wahrhaft teuflisches Gelächter auf und verdrehte die Augen dazu, daß nur das Weiße zu sehen war.

Er sah jetzt vor dem Tolen, gegen den er die Faust hatte, in die Luft sprang, in wahnsinniger Lustigkeit aufkreischte und eine Reihe der schändlichsten Hohn- und Schimpfworte ausstieß, die Mortuno nicht mehr hörte. Wohl aber hörte sie Gula, welche noch immer auf ihren Knieen lag, heftig und weinte, plötzlich aber aufstand und vor den Lächerlichen trat.

„Schamloses Weib," sagte sie, „wagst du es ihn anzusehen? So lange er lebte, hattest du Furcht vor ihm, so lange er lebte, verachtete und verfluchte er dich. Geh und laß diesen Toten, dem du einst Rede stehen mußt vor Gottes Richterstuhl."

Die Wucht und Gewalt ihrer Worte waren so überraschend, daß der Diener davor erschrak und, obwohl er die Faust aufhob und seine Zähne fletschte, doch zurückwich, denn der Gedanke an Gottes Richterstuhl hatte wenigstens eine augenblickliche Wirkung hervorgebracht.

„Bravo, kleine Kreatur!" rief Paul, „der alte Klaus hätte es nicht besser machen können. Zieh dich zurück, Gyda, du hast genug Schaden, und du, Björnarne, setze die Prinzessin auf das beste Pferd, und macht Euch davon, oder willst du mich begleiten und Olaf die Sorge überlassen?"

„Ich selbst, kein anderer," erwiderte Björnarne, „sage meinem Vater, was du willst."

Paul nickte ihm zu. „Vorwärts also!" rief er mit seinem lustigen Lachen. „Kommt sie hin und sei glücklich."

„Wohin?" sagte Gula zurückweichend, und als sie keine Antwort erhielt, sagte sie fort: „Wer gab euch das Recht, mich gewaltsam fortzuschleppen? Was habe ich getan? Wo ist ein Gesetz oder Gebot? Als Räuber habt ihr mich im Schlaf überfallen, Räubern gleich habt ihr Blut vergossen. Antworte du, der du ein Richter sein sollst. Schande über dich! Schande über euch alle, die ihr ein wehrloses Weib binden, schlagen und mißhandeln könnt."

„Allerliebst," lachte der Schreiber, „der alte Klaus hat recht, sie hat etwas von ihres Vaters Geist. Wir wollen deine Fragen ein andermal beantworten; jetzt gib dich zufrieden und geh mit Björnarne."

„Wenn Ihr in Euer Gewalt beharrt," sagte Gula, „so führt mich zu Helgestad und Ilda. Dahin will ich, an keinen andern Ort. Habe ich einen Fehler begangen, als ich sein Haus verließ, so will ich ihm sagen, was mich dazu trieb. Ich bin jedoch frei geboren, niemand hat ein Recht auf mich, ihr alle seid des Königs Untertanen, auch für mich gelten die Gesetze. Strenge Befehle gegen deine Willkür, Schreiber, sind erst neulich angekommen. Glaube nicht, daß ich schweige. Ich werde Freunde finden, die mir beistehen."

„Der Junker vom Balsfjord!" rief Paul.

„O! daß er hier wäre!" antwortete das arme Kind, indem es seine brennenden Augen nach allen Seiten ausschickte, „du würdest zittern, wenn du seinen Schritt hörtest. Aber nein," fuhr sie fort, „nein! Du würdest mit deinen grausamen Helfern ihn zu Mortuno legen und dann lachen, wie du jetzt lachst. Bewahre ihn, Gott im Himmel! Bewahre ihn!"

„Die verliebte Hexe tut so, als könnte der tapfere Johann plötzlich aus Luft und Stein springen," sagte Paul. „Zaubere ihn her, du verruchter Balg, wir wollen ihn würdig empfangen. Aber ich rieche keinen Schwefel und sehe nichts."

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: Theodor Schwarz. Druck von Friedr. Meyer u. Co. — Sämtliche in Lübeck